



10 Pf

Nr. 95

bochumer studenten zeitung universität bochum u. klinikum essen

ASta-Mitglied und SAG-Genossen auf offener Straße festgenommen

Am Freitag, dem 26. 5., nahm die Polizei gegen 14.00 Uhr an der Bergstraße vor einer Privatwohnung den Sozialreferenten des ASta, Klaus Rothfahl (SAG) und zwei weitere Genossen, Uwe Krombach (SAG) und Dieter Diemer (Verlag Roter Stern) vorläufig fest. Ihnen wurde unterstellt, sie hätten ein Sprengstoffattentat auf das Polizeipräsidium geplant.

Was war der Anlaß für diese Handlung der Staatsgewalt?

Die drei Genossen haben in Eigenarbeit den alten grauen Mercedes des Verlages Roter Stern in der Bergstraße repariert. Um den Motor anzulassen, wurde der Wagen in Richtung Polizeipräsidium geschoben, da hier das Gefälle der Straße genutzt werden konnte. Kurz vor dem Präsidium sprang bei dem anrollenden Wagen der Motor an; um ihn nicht auszuweichen zu lassen, fuhr ein Genosse noch ein paarmal um das Präsidium.

Demonstration Frankfurt 2. Juni 1972 17.00 Uhr Hauptwache

Für den 2. Juni, den 5. Jahrestag der Ermordung Benno Ohnesorgs, hat die Rote Hilfe Frankfurt zusammen mit anderen linken Gruppen zu Demonstrationen gegen den Terror von Polizei und Justiz und die Verschärfung der staatlichen Repression aufgerufen. Frankfurts Polizeipräsident hat geäußert, es werde mit großer Sorgfalt geprüft, ob die Demonstration der Roten Hilfe verboten werden müsse (vgl. FAZ vom 27. 5.).

Unterstützt die Frankfurter Genossen, zeigt eure Entschlossenheit, kämpft gegen die politische Unterdrückung!

Nachdem die letzten Arbeiten an dem Wagen in der Bergstraße beendet wurden, unternahm ein Genosse eine Probefahrt in Richtung Präsidium. Als er in die Bergstraße zurückfuhr, wurde er von einem Polly-VW-Bus verfolgt und gestoppt.

Das Vorgehen der Pollios

Im Nu trafen drei oder vier weitere VW-Busse ein, dazu noch einige Zivilfahrzeuge. Die Bergstraße wurde abgeriegelt, die Genossen von etwa 20 uniformierten und mehreren zivilen Pollios umgeben. Nach einigem Hin und Her mit den Pollios, die sich weigerten, ihre Kennkarten zu zeigen oder einen Grund für ihr Vorgehen zu nennen (wobei sich der Oberpolly Plancke, bekannt als Einsatzleiter bei den

Rote-Punkt-Demonstrationen, besonders hervortrat), wurden die drei Genossen festgenommen mit der nebenbei erfahrenen Begründung, gegen die Insassen des Mercedes liefe eine Fahndung, und es bestünde der Verdacht, sie hätten einen Bombenanschlag auf das Polizeipräsidium geplant.

Die Behandlung im Polizeipräsidium war die übliche: — Beim Urinieren steht ein Polly daneben und schaut zu. — Das legitime Verlangen nach einem Anwalt wird ausschließlich damit beantwortet, daß man selbstverständlich das Recht habe, einen Anwalt zu benachrichtigen, aber es sei momentan kein Telefon frei und zuerst müßten die erkennungsdienstlichen Maßnahmen durchgeführt werden.

Bei der sofortigen Leibvisitation werden Taschenkalender und Aufzeichnungen durchwühlt. — Trotz des Verlangens, endlich einen Anwalt zu holen, werden dem ASta-Genossen unter Androhung von Gewaltmaßnahmen die Fingerabdrücke abgenommen.

Als danach endlich ein Anwalt erscheint (der von Genossen benachrichtigt wurde, die die Festnahme zufällig gesehen hatten), wird die Beschuldigung dahingehend geändert, die drei Genossen hätten einen Anschlag auf das CDU-Büro in der Bergstraße geplant, und ihre Ausweispapiere seien gefälscht. Dem Genossen Diemer wurde vorgeworfen, er könne sich nicht ausweisen. Sein Personalausweis, den er den Pollios immer wieder zeigte, wurde von diesen einfach ignoriert und ebenso oft zurückgegeben.

Der Anwalt konnte weitere Übergriffe der Pollios verhindern und die Freilassung der drei Genossen nach über zwei Stunden reichen.



Während dieser Zeit allerdings versuchten andere Pollios in die vermeintlich im Moment leere Privatwohnung in der Bergstraße einzudringen und den Mercedes auf der Straße zu knacken, was aber rechtzeitig von anderen Genossen bemerkt wurde und verhindert werden konnte.

Nach der Freilassung wurde der Wagen schließlich gründlich von Pollios durchsucht, wonach für diesen Tag die Vorwände der Polizei erschöpft waren.

Diese Maßnahme ist keine Einzelmaßnahme. Sie ist zwar eine gegenüber den Notstandsgesetzen, den Berufsverboten, den Hamburger Erlassen, den Plänen zum Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, der Militarisierung und Zentralisierung des Polizeiapparates, der Ermordung der Genossen von Rauch und Weisbecker etc. kaum bemerkenswerte Aktion der Staatsgewalt, dennoch darf man nicht darüber hinwegsehen, daß dieser Versuch, einige Vertreter der studentischen Linken als Terroristen zu kriminalisieren und von der Straße weg zu verhaften, ein Bestandteil der großangelegten Kampagne ist, die Linke durch Po-

Fortsetzung auf Seite 3

Frage an die Trottel von der Bombenfront gegen die Arbeiterklasse (demnächst die Stuttgarter): Wollt Ihr Euch nicht lieber ein paar politischen Genossen stellen und von Ihnen ausliefern lassen? Das schafft uns 1. Euch vom Hals, das bringt uns 2. zweihunderttausend Mark, mit denen wir eine Druckerei aufbauen können und Ihr

habt 3. auch mal was für den Sozialismus getan und schließlich und endlich: dem Volke ist gedient!

(übrigens: Welche politische Motivation hatte eigentlich gestern die anonyme Bombendrohung gegen die RUB Das Studienbüro steht allen psychisch bedrängten zur Beratung offen)

Wahlen zu dem Satzungskonvent

Am 6.—8. Juni wird gewählt. Und zwar der sogenannte „Satzungskonvent“. Warum der ASta und die in ihm vertretenen Gruppen zum Boykott des letzten Uni-Parlamentes aufgerufen haben, nun aber zu den Wahlen zum Satzungskonvent aufruft, soll hier klargelegt werden.

Rechtlicher Rahmen

Lt. Hochschulgesetz NRW (HSG) hätte jede wissenschaftliche Hochschule im Lande NRW bis März 1972 eine neue Uni-Satzung erarbeiten müssen, die den Vorschriften des HSG entspricht. Eine solche Satzung enthält Bestimmungen über die Organe der Universität (Konvent, Senat, Präsident), Grundzüge von Forschung (z. B. Genehmigung von Auftragsforschung etc.) und Lehre (z. B. Grundzüge von Prüfungsordnungen), Bestimmungen über die Universitätsstruktur (z. B. Grundzüge der Fachbereiche) usw. usf.

Die Erarbeitung einer solchen Satzung wird in einem kleinen, arbeitsfähigen Gremium, der sogenannten Satzungskommission, geleistet, in der 3 Profs, 3 Assistenten, 3 Studenten und 1 nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter sitzen.

Die dort erarbeitete Satzung ist Beschlussvorlage für den Satzungskonvent, ein mit 24 Professoren, 12 Assistenten, 18 Studenten und 6 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern bestücktes Gremium, dessen einzige Aufgabe es ist, mit 2/3-Mehrheit eine neue Uni-Satzung (zweifellos auch Uni-Verfassung genannt) zu verabschieden. Letzter Gang des Verfahrens: Der Wissenschaftsminister muß die Satzung genehmigen. Soweit der rechtliche Dschungel. Im folgenden sind darzulegen:

- a) die Erfahrungen mit der z. Z. noch gültigen Hochschulsatzung oder Verfassung der RUB (VerfRUB); b) die einzelnen Punkte, die aufgrund dieser Erfahrungen neu zu gestalten sind; c) die rechtlichen Rahmenbedingungen, die das HSG für eine neue Satzung setzt und schließlich d) warum trotz der desillusionierenden Erfahrungen der letzten Jahre die im ASta vertretenen Gruppen glauben, noch so etwas wie eine autonome Selbstverwaltung (hier: eigene Verfassungsgebung) wahrnehmen zu müssen.

Biedenkopf-Verfassung: sukzessive Desillusionierung

Die z. Z. noch gültige VerfRUB (nach dem damaligen Rektor „Biedenkopf“-Verfassung genannt) gliedert die Universität folgendermaßen:

Organe der RUB sind:

- 1.) das mit 19 Profs, 19 Assistenten, 19 Studenten und 19 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern (= vierterparitätisch) besetzte Universitätsparlament (= UP); 2.) der mit den 19 Dekanen bestückte Senat, formell die Vertretung der Abteilungen, realiter allerdings die professorale Interessenvertretung; 3.) das mit dem Rektor und 3 Prorektoren ausgestattete Rektorat, in dem die Profs gleichfalls unter sich sind.

Das Wechselspiel von UP und Senat läuft nach dem Zweikammersystem (also ähnlich wie bei Bundestag und Bundesrat), d. h. der Senat muß bei fast allen Entscheidungen des UP seinen Segen geben, bevor sie rechtsgültig werden. Faktisch hat der Senat die Möglichkeit (die er auch eifrig wahrgenommen hat), alle wichtigen Beschlüsse zu torpedieren, indem er sein Placet verweigert. Dies kommt einem Veto-recht der Professoren (qua Senat) in allen wichtigen Fragen gleich.

Doch damit nicht genug. Das Rektorat, was bestimmte Beschlüsse von UP und Senat zur Genehmigung durch den Wissenschaftsminister nach Düsseldorf weiterzureichen hat, kann qua rechtlicher Beanstandung dem Ministerium Hinweise geben, wo gegebenenfalls seitens des Ministeriums Beanstandungen, die zu einer Verweigerung der Genehmigung führen, anzubringen sind.

Ein großer Nachteil der VerfRUB ist zudem, daß dort keine Grundzüge der Abteilungsstruktur geregelt sind. Dies führte — trotz Verpflichtung der Abteilungen, sich Abteilungsstatuten zu geben — zu einem Fortbestehen der hierarchischen Abteilungsstrukturen, wie sie bei der Gründung der RUB festgelegt waren, also beispielsweise Fakultäten mit allen Profs der betr. Abteilungen, 4 Assistenten (davon 2 stimmberechtigt) und 4 Studenten (davon 2 stimmberechtigt). Daß die Erhaltung solcher Strukturen im Interesse der Profs war, ist klar.

Die neue Verfassung: formale Absicherung emanzipatorischer Hochschulpolitik oder Konfliktstrategie

In der neuen, jetzt in Arbeit befindlichen Verfassung (Verf) ergibt



Für die Erhaltung der Verfaßten Studentenschaft Stärkt die Linke im Satzungskonvent Wählt!

Fachschaften Philosophie, Sozialwissenschaften und Mathematik

sich die Möglichkeit, Grundzüge des Hochschulaufbaus und -geschehens unter Einarbeitung des Erfahrungshintergrundes neu zu gestalten. Die Vorstellungen der Assistenten und Studenten sehen dabei folgendermaßen aus:

Zunächst ist davon auszugehen, daß das HSG — trotz seiner Beschissenheit (denn was an der Uni letztlich geschieht, wird zentral von Düsseldorf gesteuert) — der rechtliche Rahmen einer Verf. sein muß. Wir verfolgen also keine Strategie des Konflikts um jeden Preis.

Der Konvent, gewissermaßen ein einige Kompetenzen beschneidendes UP, wird an Wichtigkeit verlieren. Er beschließt im Rahmen seiner Kompetenzen abschließend, d. h. die Zustimmung des Senats zu seinen Beschlüssen fällt fort. Der

Konvent ist vierterparitätisch besetzt.

Der Senat wird das kleine, arbeitsfähige Gremium mit vielen Kompetenzen sein. Auch er beschließt abschließend. D. h.: es gibt kein Wechselspiel von Konvent und Senat mehr, die Kompetenzen beider Gremien sind voneinander scharf getrennt. Stimmberechtigte Mitglieder des Senats sind je zwei Profs, Assistenten, Studenten und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter sowie acht Vertreter aus verschiedenen Wahlkreisen, die ohne Festlegung der Gruppenparität gewählt werden.

An der Spitze der Hochschule steht der Präsident. Also sog. „Präsidential“-Verfassung deswegen, weil der Präsident nicht — wie etwa der

Fortsetzung auf Seite 3

Ausbildung - Aufzucht der Arbeiterrasse

Wer kann heute noch — nach Polizeieinsätzen an der Uni, Kriminalisierung politischer Organisationen der Studenten und Berufsverboten für Linke — jenen Ideologen glauben, deren Geschwätz von „Freiheit von Forschung, Lehre und Studium“ von „Wissenschaft im Dienste des Fortschritts“ gerade jetzt wieder lauthals ertönt.

Die Anwendung des Streikparagrafen in Regensburg (s. letzte BSZ), die Relegationen von fortschrittlichen Studenten in Bonn, Papaleka's Spitzelterror und Denunziantentum, diese Maßnahmen sind nackte Tatsachen, keine Wahnovorstellungen und Verfolgungsängste linker Gruppen; es handelt sich um Maßnahmen, mit denen die Bourgeoisie im „Klassenkampf von oben“ unter den Bedingungen sich verschärfender Widersprüche im Spätkapitalismus sämtliche Ansätze sozialistischer Theorie und Praxis zu zerschlagen versucht.

Die Mosaiksteine einzelner gesetzlicher Maßnahmen zur kapitalistischen Hochschulreform rücken immer dichter zusammen. Mit dem jetzigen Gesamthochschulerrichtungsgesetz NRW kommen Kurzstudien, verschärfter Prüfungsdruck, Reglementierung und Disziplinierung in vielfältigen Variationen auf uns zu.

Zur Methode

Eine Analyse der neuesten Pläne kapitalistischer Hochschulreform kann nicht bei der moralischen Konstatierung der Diskrepanz von Reformideologie (Freiheit, Chancengleichheit, Emanzipation) und Realität des Wissenschafts- und Ausbildungsbetriebs stehen bleiben.

Sie muß vielmehr die Widersprüchlichkeit und Uneinheitlichkeit der Reformansätze als Ausdruck der im Kapitalverhältnis selbst angelegten Widersprüchlichkeit aufzeigen; dazu kann allein die Analyse des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses den Schlüssel für das Verständnis bildungspolitischer Probleme darstellen, d. h. es muß ein kategorialer Rahmen geschaffen werden, der allein die Erfassung des Verhältnisses von Aus-

bildungssektor und Reproduktionsprozess des Kapitals gewährleisten kann. Aus diesem Verständnis resultiert dann die Diskussion der verschiedenen sich uns als innere Notwendigkeiten des Kapitals darstellenden Erscheinungsformen im Hochschulbereich. Der somit hergestellte Zusammenhang von innerer Gesetzmäßigkeit und empirisch erfaßter Ausdrucksform kann die Entwicklung adäquater Strategien, Taktiken und Verhaltensprinzipien gewährleisten.

Unter diesen methodischen Aspekten sollen nach Aufzeigen der konkreten Maßnahmen zur Studienreform und ihrer immanenten Widersprüchlichkeit in der hier gebotenen Kürze drei Thesen zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors formuliert werden.

Zentralisation

Eine der Haupttendenzen des HRG und der anderen Maßnahmen zur Hochschulreform, die sofort ins Auge fällt, ist zweifelsohne die Zentralisation der Planung. Die gesetzliche Grundlage für diese Aktivität des Bundes wurde bezeichnenderweise unter der „Großen Koalition“ im Anschluß an die Rezession 1966/67 geschaffen, indem Rahmenvorschriften über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens in die „Gemeinschaftsaufgaben“ (Art. 75 GG) eingereiht wurde. Galt es doch, dem Kulturföderalismus und der teilweise noch erhaltenen Selbstverwaltung der Universität mit ihrer hierarchischen Struktur, die durch die ökonomische Entwicklung überholt waren, ihren historischen Platz zuzuweisen. Hierbei stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung.

Konkret äußert sich die Zentralisierungstendenz zunächst in zahlreichen Institutionen wie Wissen-

schaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bund-Länder-Kommission etc. Die verschiedenen Gesetze wie Hochschulrahmengesetz (HRG), Bundesausbildungsförderungsgesetz, Hochschulbauförderungsgesetz und gesetzesnahe Pläne wie Personalstrukturreform, Bildungs-gesamtsplan etc. lassen keine Zweifel offen, wohin der Weg geht. Am Ende fast jeder Regelung steht die Genehmigung durch den zuständigen Minister.

Gesamthochschule — Vereinheitlichung des tertiären Ausbildungssektors

Die nun mehr oder weniger einhellig geforderte Integration der Fachhochschulen und Universitäten bedeutet Erhaltung der offensichtlichen „Vorteile“ der Fachhochschulen. Alles, was die Universität noch an „Freiräumen“ gelassen hatte, ist hier nicht mehr vorhanden. Das Studium ist in optimaler Weise gestrafft und reglementiert und hat

dadurch entsprechend disziplinierende Wirkung. Anwesenheitszwang, exzessiver Prüfungsdruck, schulmäßiger Betrieb durch Vernetzung von Semester zu Semester, 6-Semester-Studiengänge — auf solche „Vorteile“ will man in der Tat nicht verzichten.

An diesem Punkt, nämlich dem 6semestrigen Regelstudium, ergänzen sich die gesetzlichen Maßnahmen der HRG.

Nach § 7 BAFöG wird nun bis zum „berufsqualifizierenden Abschluß“ gefördert, der laut § 34 II, III HRG in der Regel nach 6 Semestern erreicht werden soll.

Ziel der Vereinheitlichung des tertiären Ausbildungssektors ist neben der organisatorischen, verwaltungs- und haushaltstechnischen Effektivierung vor allem die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Studiengängen und damit die Kooperation zwischen verschiedenen ausgerichteten

Fortsetzung auf Seite 3

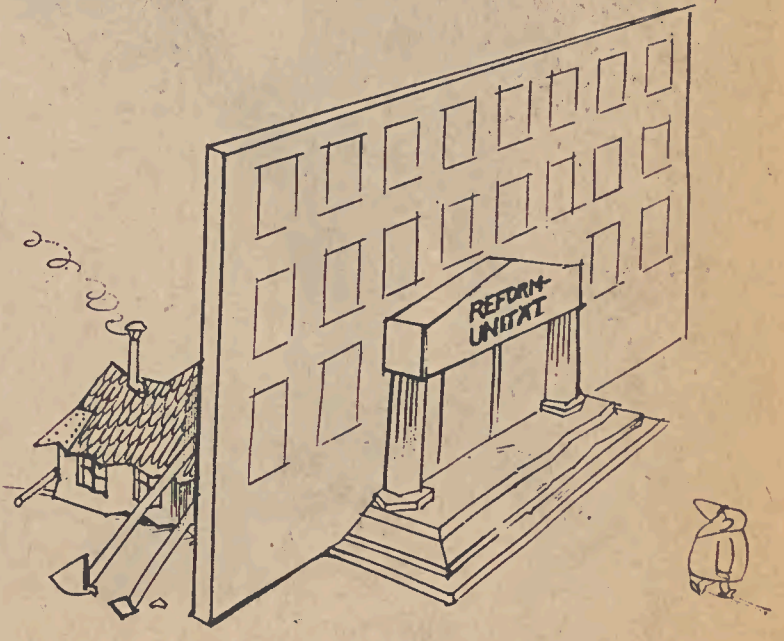


Table with film festival listings including titles like 'Das Messer im Wasser', 'Wildes Erbeeren', etc.



Fachschafts- nachrichten

interdisziplinäre Veranstaltung: Zur Einschätzung von Internationalismusbearbeit

Rekurrierend auf die kritische Theorie wurde in der antiautoritären Studentenbewegung ein Verhältnis zwischen Staat und Individuum als Unterdrückungszusammenhang begriffen, hinter dem der Klassencharakter des bürgerlichen Staates nicht gesehen wurde. Das unterdrückte Individuum fand die Identifikation und Solidarität mit den unterdrückten Völkern der „Dritten Welt“, wo sich der Imperialismus in militärischer Eskalation zu manifestieren schien.

Der US-Imperialismus wurde des Völkermordes angeklagt und man verurteilte die Gewalt an sich, ohne die historisch-materielle Bedingtheit der jeweils konkreten Gewalt zu reflektieren. Der Imperialismus konnte nicht als Ausdruck der imperialistischen Macht angesehen werden, als eine Form der Klassenherrschaft.

Hinzu kommt, daß sich die BRD erst Anfang der sechziger Jahre von einem Auftragsgehilfen der USA zu einer eigenständigen imperialistischen Macht entwickelte, und erst so die Voraussetzungen dafür gegeben waren, den Kampf gegen den Imperialismus primär als Kampf gegen das eigene imperialistische System zu begreifen.

Das inhaltliche und organisatorische Problem besteht darin, die Internationalismus-Arbeit in ein politisches Gesamtkonzept zu integrieren, ausgehend von einem Verständnis des Imperialismus als herrschendem Gesellschaftssystem. Seit der formalen Unabhängigkeit der Länder der „Dritten Welt“ hat sich deren ökonomische und politische Abhängigkeit von den kapitalistischen Industrieländern noch verstärkt.

Den kurzfristigen Profit- und langfristigen Systemsicherungsinteressen der Metropolen widerspricht es, ihre Vormachtstellung freiwillig aufzugeben. Deshalb wird es den meisten Ländern der „Dritten Welt“ nicht möglich sein, ihren ökonomischen Rückstand aufzuheben und eine sozial-emanzipatorische Entwicklung einzuleiten.

Voraussetzung dafür wäre die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den Industrieländern.

Schwerpunktprogramm des internationalen Arbeitskreises Bochum

1. Ausgehend von der Auffassung, daß noch keine Theorie existiert, die in der Lage ist, die momentane Politik der Metropolen gegenüber den unterentwickelt gehaltenen Ländern aus der allgemeinen Kapitalbewegung heraus zu erklären, ergibt sich eine Priorität der theoretischen Arbeit als Voraussetzung für die Internationalismus-Politik (Aufarbeitung der klassischen Imperialismustheorien und neuerer Ansätze).

2. Weiterhin ist eine Analyse der existierenden Befreiungsbewegungen in ihrem konkreten Zusammenhang notwendig. Gleichzeitig

sollen Kontakte zu diesen Organisationen hergestellt werden.

3. Die Befreiungsbewegungen müssen soweit wie möglich materiell unterstützt werden.

4. Zusammenarbeit und Förderung antiimperialistischer ausländischer Organisationen, die ihre Funktion als Sprachrohr des Widerstandes in ihren Heimatländern sehen. Versuche der Behinderung und Zerschlagung dieser Organisationen durch ausländische Geheimdienste und westdeutsche Behörden müssen verhindert werden, und in gemeinsamen Aktionen agitatorisch umgesetzt werden.

5. Entwicklung von Agitations- und Aktionsformen, die über die bisherigen Aktionsformen wie Demonstrationen und Teach-ins hinausgehen und in der Lage sind, Studenten fachspezifisch anzusprechen und über den universitären Rahmen hinaus Ausländer- und Arbeitergruppen zu mobilisieren.

Der IAK wird in eigenen Arbeitsgruppen, sowie in gemeinschaftlichen Arbeitskreisen von Gruppen und Organisationen ähnlicher Zielsetzung arbeiten.

Bisher arbeiten im IAK folgende Projektgruppen:

1. Projektgruppe Griechenland
a. Unterricht (griech. Gastarbeiter)
Deutschunterricht politische Bildung
Sozialisation
Ausländersituation
Ausländergesetz
Alternativ-Schulbuch
b. Information über politische Lage (monatliches Info dt./griech.)
Bewußtseinsbildung bei deutschen und griechischen Arbeitern.
2. Projektgruppe Sozialwissenschaften
a. Imperialismus — Naher Osten (Tutorium Kruse Sem.)
b. Befreiungsbewegungen — Südostasien — Afrika
c. Vorbereitung eines studentischen Seminars über Sozialismus in Entwicklungsländern (Tansania, befreite Gebiete Angola u. Mocambique)
3. Projektgruppe Geographie — Entwicklungsländer und -politik
Schulbuchanalyse „Dritte Welt“, Schwerpunkt Lateinamerika — Alternativ-Schulbuch

Vorbereitung von studentischen Seminaren über Entwicklungsländer

Treffpunkt für alle Interessenten: 5. Juni 14.00 Uhr BG 04/145



Das Kapital internationalisiert sich

FVV Mathematik: Wahlsieg des ASOM (SAG)-Kollektivs

Am 18. 5. 72 fand die Fachschaftsvollversammlung der Abteilung Mathematik statt, auf der die Wahl eines neuen Fachschaftsrates auf der Tagesordnung stand.

Der Bericht des alten FR, der aus 4 ASOM- und SHB-Genossen bestand, über die Arbeit im WS 71/72 wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. (Dabei muß man jedoch bemerken, daß über die Tätigkeit U. Wascheks SHB keine relevanten Aussagen gemacht werden konnten mangels Vorhandensein.)

Zur Wahl des neuen FR stellten sich eine Liste der ASOM-Arbeitsgruppe Sozialistischer Mathematiker (SAG-Abteilungsgruppe) sowie zwei Mitglieder der BSU/SLH.

Die Diskussion über die Konzeption der Fachschaftsarbeit ergab folgendes: die überwiegende Mehrheit billigte das Konzept der ASOM, die Arbeit wie bisher kontinuierlich weiterzuführen und die Hochschulpolitik weiter gegenüber der bloßen Interessenvertretung in den Vordergrund zu rücken. Die Einzelheiten dieses Konzepts hatten die ASOM-Kandidaten in Kurzreferaten vorgetragen.

Die BSU/SLH-Kandidaten H. Wagner (Redaktion contrapunkt) und D. Meier (FR Physik) brachten zur Erläuterung ihrer Perspektive lediglich vor, wer interessiert sei, möge sich von einer im contrapunkt angegebenen Adresse entsprechende Broschüren schicken lassen. Dieses großzügige Angebot erfüllte die VV allerdings lediglich mit großer Heiterkeit.

Gipfelpunkt der politischen Argumentation der beiden war dann schließlich das stolze Bekenntnis, auch Sozialisten in den Reihen der BSU/SLH zu haben, deren Namen auch nicht verschwiegen wurden: J. Reimann und J. Reichling. Da lachte nicht nur die VV, sondern auch sämtliche Hühner im Umkreis von mehreren Kilometern. Schließlich wurde dann gewählt: Die 6 Kandidaten der ASOM wurden sämtlich mit einer beträchtlichen Mehrheit gewählt, wohingegen die Kandidaten der BSU/SLH wie üblich weniger Ja- als Nein-Stimmen bekamen, etwa im Verhältnis 1:7, und damit sang- und klanglos untergingen.

Diese Wahl und die Zustimmung zum Konzept der ASOM zeigt, daß die Mehrheit der politisch interessierten Studenten hinter der SAG und ihrer Arbeit steht, daß für die von der SAG unmittelbar an der Basis in allen Abteilungen und Fächern geleistete Arbeit und Interessenvertretung keine Alternative besteht, daß „sozialliberales“ Geschwätz die gebührende Resonanz findet.

Auch bei den Wahlen zum Fachschaftsrat Philosophie setzte sich das aus 4 SAG-Genossen gebildete Kollektiv mit überwältigender Mehrheit (eine Gegenstimme) durch.

Vollversammlung des Studentischen Fachverbandes Geographie (SFG)

Vom 21. 5. — 23. 5. 72 fand in Ludwigshafen/Rhein die diessemestrige Vollversammlung des SFG, des Fachverbands der Geographiestudenten in der BRD und W-Berlin statt.

Als wesentliche Themen standen an:

- * Situationsberichte aus Geographie-Instituten der BRD
- Es war festzustellen, daß die politische Arbeit der Studenten an Geographie-Instituten fast ausschließlich von linken Gruppen getragen wird. Für die nächste Zeit stellt sich die Aufgabe, mit den antirevisionistischen Gruppen (Bochum, Heidelberg, Marburg, München) zusammenzuarbeiten.
- Da die Zerschlagung der Fachschaften an einer Anzahl von Instituten bereits „erfolgreich“ war und Studentenvertreter dann unkontrolliert in Gremien herumtauschen — wobei sie in die Rolle von Kollaborateuren der bundesweiten Reaktion gedrängt werden — kommt es jetzt verstärkt darauf an, durch Mobilisierung und Organisierung der Basis die inhaltliche Arbeit der Fachschaften weiterhin zu gewährleisten.
- * Strategiediskussion zur weiteren Arbeit an den Instituten

Ausgehend von der Mobilisierung und Organisierung der Basis wurde beschlossen, durch überregionalen Zusammenschluß die inhaltliche Arbeit der Fachschaften und Basisgruppen zu intensivieren und zu koordinieren. Auf dieser Ebene muß auch die Auseinandersetzung mit den einzelnen Hochschulgruppen geführt werden. Folgende Projektbereiche wurden angemeldet:
Curriculumreform
Geschichte der Geographie
Imperialismus
Länderkunde
Tutorien
Ungeklärt blieb jedoch noch das Verhältnis des SFG zu den geographischen Fachverbänden der Assistenten, Lehrer, Professoren etc. sowie das Auftreten auf dem nächsten Geographentag 1973 in Kassel.

* Neuwahl des Vorstandes

Nach Entlastung des alten Vorstandes (Bochum/Bonn/Göttingen) wurden Genossen der Basisgruppe „Roter Globus“, Marburg, zum neuen Vorstand gewählt.

FÜR EINE ROTE ERDE!
Basisgruppe Geograf. Bochum (SAG)



1 Berlin 21, Bundesratufer 1

W. Schönstedt, Kämpfende Jugend

230 S., mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zur kommunistischen Jugendarbeit. DM 6,—

F. Gladow, Zement

Mit Dokumenten zur NEP, 350 S., DM 8,80

W. Bredel, Maschinenfabrik N & K

Mit Kommentar und Dokumenten zur Gewerkschaftspolitik der KPD, 226 S., DM 6,—

Chou Li-Po, Orkan (2 Teile)

Die Revolution auf dem chinesischen Dorf.

Mit Kommentar und Dokumenten.
1. Teil 238 S., DM 7,—
2. Teil 384 S., DM 9,50

A. Smedley, China kämpft

Mit Fotos, Kommentar und Dokumenten 400 S., DM 9,50

Theorie und Praxis:

Bd. 1 Die Polemik über die
Generallinie der internationalen
kommunistischen Bewegung

Die Kritik der KP China an der KPdSU, 670 S., DM 12,—

Bd. 2 J. Stalin, Fragen des
Leninismus

740 S., DM 16,50

Bd. 4 Proletarier aller Länder,
vereinigt Euch gegen den
gemeinsamen Feind!

Leninismus und moderner
Revisionismus in West-
europa.

Die Kritik der KP China, 440 S., DM 10,—

Bd. 5 Aufbau des Sozialismus
in Albanien

Dokumente zur Weiterführung
des Klassenkampfes
im Sozialismus.

Dokumente der Partei der Arbeit
Albanien, Reden von E. Hodscha;
ca. 200 S., ca. 8,—

Bd. 6 Kampf — Kritik — Um-
gestaltung: proletarische
Schule und Universität in
China

(Kommunistische Jugend- und Erziehungsarbeit I); Dokumente aus der Kulturrevolution. Im Vorwort: anti-autoritärer und kommunistischer Erziehungsbegriff, Erziehung als Bestandteil des Klassenkampfes im Sozialismus. 240 S., DM 8,50

Proletarisch- revolutionäre Romane:

K. Neukrantz, Barrikaden am
Wedding

260 S., mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zu den Maikämpfen 1929.
DM 6,—

Materialistische Wissenschaft:

Bd. 1 Zum Verhältnis von
Ökonomie, Politik und Lite-
ratur im Klassenkampf
Grundlagen einer historisch-
materialistischen Wissen-
schaft.

267 S., DM 11,50

Bd. 2 Von der kritischen zur
historisch-materialistischen
Literaturwissenschaft.

4 Aufsätze.

(Girnus, Lethen, Rothe), 160 S., DM 7,50

Bd. 3 Großbürgerliche Auf-
klärung als Klassenversöh-
nung: Voltaire

(G. Schneider, M. Meitzel), ca. 150 S.,
ca. DM 7,50

Das rote Kinderbuch:

Nr. 2 Die Rote Fahne

Mit Illustrationen und Nachwort, 46 S.,
DM 5,—

Nr. 3 Wie Said der Träumer
zu Said dem Verräter wurde

Mit Illustrationen und Nachwort, 55 S.,
DM 6,50

Unser Almanach DAS ROTE
HEFT und die angeführten
Bücher sind erhältlich:
Politischer Buchladen,
Overbergstraße.

Rektorat vor der Entscheidung

Was gesamtgesellschaftlich in die Kette politischer Verfolgung und Disziplinierung eingegliedert werden muß, zieht auch nicht spurlos an der RUB vorbei.

Was Studentenschaft und Assistentenschaft bereits seit langer Zeit der Öffentlichkeit zu vermitteln suchten, wurde bei Amtsübernahme durch Rektor Grottel studentischer Vertreter ausgeholt:

● 1. In mehreren Veranstaltungen von Papalekas hatten Hunderte von Kommilitonen abteilungsaktuelle Probleme diskutiert.

● 2. Faillard jedoch sah sich mittels seines wohl kaum vor Sachkompetenz strotzenden Justitiars Kleine veranlaßt, allein aufgrund der Denunziation von Papalekas Strafanzeige wegen Nötigung zu stellen.

● 3. Faillard und Papalekas leiteten der Staatsanwaltschaft irgendein Flugblatt zu, das kein Mensch in der Uni je gesehen hat (mit Ausnahme natürlich unseres rechtsradikalen Raufboldes Papalekas); dieses Flugblatt soll angeblich zur kriminellen Bandenbildung im Sinne

von § 129 StGB aufgerufen haben!

Das Rektorat wird sich jetzt entscheiden müssen: entweder Fortsetzung der perfiden Kriminalisierung, Zersetzung und Disziplinierungswelle fortschrittlicher Studenten, oder das Rektorat stellt klar: ● Der von Faillard gestellte Strafantrag entbehrt jeder sachlichen Nachprüfung jener Ereignisse des WS 71/72.

● Das Rektorat wird auf die Antragsdelikte den Einfluß nehmen, der die Richtigstellung von Sachverhalten zuläßt.

● Das Rektorat wird alles unternehmen, um klarzustellen, daß — zumindest was den Kenntnisbereich des Rektorats betrifft — der FR-SoWi keine kriminelle Vereinigung ist und daß es mit Erstaunen von derartigen Ermittlungen gegen in der Selbstverwaltung tätige Mitglieder der RUB erfahren hat.

Die Studentenschaft jedenfalls wird die Reaktion des Rektorats abwarten; sie wird aus dieser Reaktion die Taktiken ableiten, die allein einer erfolgreichen Massenbewegung eine Kampfperspektive gegen die politische Disziplinierung und gegen die Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten aufzeigen können.

KÄMPFT GEGEN ZUNEHMENDE
AUSBEUTUNG UND POLITISCHE
UNTERDRÜCKUNG AM ARBEITS-
PLATZ, IN DER SCHULE
UND AN DEN HOCHSCHULEN!
Fachschaft SoWi

„Wir brauchen mehr v. Magnis und weniger Westphalens!“

Dieser Ausspruch von CDU-MdL Brüggemann (vielleicht Wahlkampfhilfe für die BSU?) kennzeichnete zwei Fronten auf einer Arbeitstagung am 11. 5. 72 anlässlich der Ruhrfestspiele Recklinghausen. Diskutiert werden sollte unter dem Motto „Gesamthochschule — Ideologie oder Notwendigkeit“, zu dem P. Hauck (Essen) einige Thesen erstellte hatte.

Sogar Technokrat Westphalen, der zuweilen kritische Tendenzen zeigt, war sowohl Brüggemann wie Wissenschaftsminister Rau zu links. Die beiden Lager in der ca. 15köpfigen Diskussionsrunde waren mit verschiedenen Vorstellungen an das Thema herangegangen. Die eine Gruppe, Ministeriale und andere Technokraten, wollten über die Frage „Wie machen wir denn nun die Hochschulreform?“ diskutieren, die anderen über die Frage „Wem dient eigentlich die ja schon eingeleitete Hochschulreform?“

Eine weiterführende Diskussion kam nicht zustande. Wissenschaftsminister Rau hörte sich bis mittags mit hintergründigem Lächeln die kontroversen Standpunkte an, holte dann in einer Stellungnahme zum vernichtenden Schluß gegen seine Kritiker aus, ohne ihnen eine Gelegenheit zu einer Replik zu lassen, und verließ dann das Lokal.

Das einzige, was man als Erfahrung hat mitnehmen können, bleibt die Feststellung eines Schwenks in der Argumentation des Ministeriums. Es wird nicht mehr bestritten, daß die Planung nach dem Arbeitskräftebedarf vorgenommen wird. Das sonst als konstitutiver Vorteil unserer Gesellschaft präsentierte Recht der freien Wahl der Ausbildungsstätte und des Berufes denunziert sich damit als Ideologie. Um so besser: wir werden also in Zukunft nicht mehr den Beweis führen müssen, daß überhaupt nach Bedarf geplant wird. Wir werden nur noch zu zeigen haben, daß dieser Bedarf Ausfluß des Interesses der Kapitalistenklasse ist.

Ansonsten war das Gespräch für die Katz!

So etwa muß es bei den Landtagshearings auch gewesen sein.



Deshalb brauchen wir einen Arbeitskreis, der sich mit Fragen des Internationalismus beschäftigt.

TERMINE - QUALITÄT GRÜNDLICHKEIT

... werden bei uns groß geschrieben.

Wir drucken für Sie im Offsetverfahren Formulare, Skripten, Dissertationen und Broschüren in jeder gewünschten Auflage — bei kleinen Preisen, hoher Qualität und kurzen Lieferzeiten.

STUDIENVERLAG

im Studentenwerk Bochum e. V.
463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 60 — Baracke 1 — Telefon 71 40 43

Ausbildung — Aufzucht der Arbeiterrasse

Fortsetzung von Seite 1
Bereichen einer Fachrichtung. Für die voneinander getrennten Studiengänge besteht dann die Möglichkeit des individuellen Studienwechsels ebenso wie die Möglichkeit der Kanalisierung und Steuerung von Studenten in verschiedene Ausbildungsbereiche je nach den über die staatliche Bürokratie vermittelten Arbeitsmarktkonstellationen.

Studien- und Berufsberatung

Studienberatung ist nur denkbar als Berufsberatung, die sich am Arbeitsmarkt und dem langfristig zu erwartenden Trend orientiert. Eine bereits im Sekundarbereich beginnende Berufsberatung setzt sich im Tertiärschulbereich als sog. „studienbegleitende Studienberatung“ (§ 39 HRG) fort. Voraussichtlich wird ihre Inanspruchnahme obligatorisch sein (so die Vorstellungen des Wissenschaftsrates), denn nur so ist in etwa dem Arbeitskräftebedarf Rechnung zu tragen und vor allem auch garantiert, daß die Resultate der ideologischen Indoktrination laufend überprüft werden können.

Numerus clausus

Dazu — als Lenkungsmittel höherer Stufe — wird der Numerus clausus institutionalisiert. § 29 HRG stellt zwar den Numerus clausus als notwendiges Übel dar, dessen Kurzfristigkeit betont werden soll, aus Äußerungen von NRW-Wissenschaftsminister Rau jedoch ist zu entnehmen, daß der Numerus clausus auch langfristig als Lenkungsinstrument zur Anpassung an den Arbeitskräftebedarf erhalten bleiben soll.

Forschung

Angesichts der faktischen Auslagerung der Forschung (85 Prozent der Forschung findet nicht mehr in der Uni statt) ist es nicht schwer, Deklarationen wie „Einheit der Forschung und Lehre“ in den richtigen Zusammenhang einzuordnen. Näheres dazu in der nächsten BSZ.

Parallel zu der zunehmenden Auslagerung der Forschung laufen auch die Versuche, Eliteuniversitäten wie GmbH-Universitäten, Management-Schools, Bundeswehrhochschulen etc. zu errichten, in denen die ideologische Indoktrination der Führungskräfte für Wirtschaft und Verwaltung ungestört erfolgen kann.



Immanente Widersprüche der Studienreform (übernommen aus: „Kapitalistische Hochschulreform“, Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg)

Selbst bei einer nur groben Beschreibung der geplanten Reformmaßnahmen müssen einem eine Reihe von Ungereimtheiten, Paradoxien und Widersprüche auffallen, die sich fast durch sämtliche Studien- und Prüfungsreformmaßnahmen ziehen. Gemeint sind nicht etwa Widersprüche zwischen ideologischer Deklamation bestimmter akademischer Freiheiten und ihrer faktischen Liquidierung, nicht also Widersprüche zwischen der tradierten Idealität akademischer Usancen und Vorstellungen und der Realität von bürgerlicher Wissenschaft, Wissenschaftsorganisation und ihrem Verhältnis zu Staat und Kapital.

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeit ideologischer Verschleierung verzichten sogar Unternehmerverbände und einige Politiker weitgehend darauf (s. Artikel: „Wir brauchen mehr von Magnus...“, S. 3) und vertrauen auf die geschaffenen und zu schaffenden Repressionsmaßnahmen.

Die Widersprüche, um die es hier geht, sind solche der Realität selber, die zunächst in ihrem oberflächlichen Ausdruck als Widersprüche zwischen bestimmten Maßnahmen selbst benannt werden sollen.

Durchgehendes Merkmal ist die Studienzeitverkürzung. Zweieinhalb- bis dreijährige Studiengänge sollen in großem Ausmaß neu eingeführt werden, das Studium soll gestrafft und komprimiert werden. Auf der anderen Seite wird jedoch die Forderung nach Verbreiterung des Grundwissens nach methodischer und autodidaktischer Qualifizierung gestellt. Kompression der Studiengänge und Verbesserung des allgemeinen Grundwissens (im Gegensatz zur Spezialisierung) stehen recht unversöhnlich gegenüber.

Einen Ausweg aus diesem Widerspruch böten verschärfte Reglementierung, Verschulung, stärkerer Leistungsdruck in den Studiengängen an. Wie sich dies jedoch verträgt mit den Hinweisen auf stärkere Berücksichtigung von Selbstständigkeit und Kreativität, mit Forderungen nach selbständigem Problemlösungsverhalten und Verantwortungsbereitschaft, muß offen bleiben.

Ein weiterer Widerspruch kommt zum Ausdruck, wenn auf der einen Seite die allgemeine Berufsfeldqualifizierung zum Ziel gemacht wird, auf der anderen Seite der Mangel an praxisnahen Ausbildungsgängen beklagt wird. Die Praxis beruflicher Tätigkeit ist immer das je Besondere. Praxisnähe meint somit Nähe zum Besonderen der jeweiligen konkreten Tätigkeiten. Berufsfeldqualifizierung dagegen hebt auf das Allgemeine ab, das sich gerade von unmittelbarer Praxis entfernt.

In spezifischer Weise erscheint dieser Widerspruch auch in der Trennung zwischen forschungs- und anwendungsorientierten Studiengängen. Betont die Trennung in solcherart unterschiedlich akzentuierte Studiengänge auf der einen Seite die Trennung zwischen allgemeiner Forschung und der sich jeweils besonderen Anwendung von Forschungsergebnissen, so wird doch auf der anderen Seite betont, daß auch das anwendungsorientierte Studium nicht auskomme ohne methodisches Wissen, allgemeines Grundlagenwissen, exemplarische Forschungserfahrung etc. Die Trennung soll also durchgeführt werden (bzw. beibehalten) und zugleich doch partiell aufgehoben werden.

Ebenfalls auf diesen Widerspruch sind die unterschiedlichen Kriterien zur Steuerung der Auszubildenden nach den Markterfordernissen zurückzuführen. Wird auf der einen Seite Flexibilität und Durchlässigkeit der Gesamtstruktur großgeschrieben, so werden doch auf der anderen Seite Strukturen entworfen, die eine frühzeitige Berufsorientierung nahelegen (Sekundarstufe II). Gestützt auf eine als Studienberatung begrifflich getarnte Berufsberatung, die sich nach dem aktuellen Stand von Angebot und Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften richtet, werden früh Berufs- bzw. Berufsfeldentscheidungen getroffen, die selbst durch eingeplante Brücken- oder Liftkurse nicht mehr hinreichend zurückgenommen werden können.

Daß derartige Berufsberatungen, die sich an Marktlage orientieren, obendrein recht zweifelhaft sind, hat bereits die bürgerliche Bildungsökonomie erkannt. Die sich qualitativ und quantitativ immer schneller verändernde Bedarfslage weist eine Berufsberatung, die sich als rational aus gibt, als scheinrational aus, da die jeweils aktuelle Bedarfslage nicht durch Trendanalysen zu erfassen ist.

Flexibilität als Forderung nach möglichst hoher Adaptivität der Hochschule an sich verändernde Bedarfslagen konfliktiert im übrigen mit den Einsparungs-postulaten, die sich in Kompressionsmaßnahmen ausdrücken. Je komprimierter Ausbildungsgänge angelegt sind, desto frühzeitiger müssen Berufsentscheidungen fallen. Je früher diese aber getroffen werden, desto schwerer sind Flexibilität und Durchlässigkeit, Umorientierung und Studiengangwechsel zu realisieren.

Das Lavieren zwischen konsekutiven und parallelen (alternativen) Modellen der Studiengangorganisation hat gleichfalls hierin seine Ursache.

Das all diesen Widersprüchen zugrundeliegende Verhältnis von theoretischer Ausbildung auf verschiedenen Ebenen von Allgemeinheit und Wissenschaftlichkeit und praktischer beruflicher Tätigkeit bzw. Verwendung von Qualifikationen in je besonderer konkreter Tätigkeit, von Studium und Beruf,

Internationale Marxistische Diskussion

Arbeitspapiere

No. 5

Merve Verlag



POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG AN DER FREIEN UNIVERSITÄT VOM 24.-26.4.1972

Referate und Diskussionen

DM 5.-

kommt auch in allen anderen Elementen der Studien- und Prüfungsreform zum Ausdruck (Studienabschlußprüfung — Berufseingangsprüfung; Studienberatung — Berufsberatung; nur Hochschulvertreter in den Studienreformkommissionen oder auch Berufsbereichsvertreter etc.). An diesem Verhältnis wird auch weiterhin die Analyse anzusetzen haben.

These I

Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist die den gesellschaftlichen Produktionsprozess bestimmende Notwendigkeit die der Verwertung; das bedeutet, unter eben jener vorgegebenen Ziel- und Zwecksetzung lassen sich im weitesten Sinne sowohl Organisation als auch Inhalt allgemein gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Arbeit subsumieren. Wissenschaft in kapitalistischen Gesellschaftsformationen ist also notwendig vorbestimmt; kann somit leicht als durch interessenbedingt entlarvt werden; macht jedoch zugleich den durch Wissenschaft und Technik bedingten „Fortschritt“ als widersprüchlich evident. Denn die objektive Notwendigkeit technologischen und organisatorischen Fortschritts (vermittelt durch Konkurrenz und Jagd nach Extraprofiten) ist einerseits nur „Mittel seiner selbst“ (Marx) und nicht Zweck; zum anderen bedeutet jene besondere Qualität des wissenschaftlich technischen Fortschritts ein Untergraben der auf dem Antagonismus von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung beruhenden Produktionsverhältnissen.

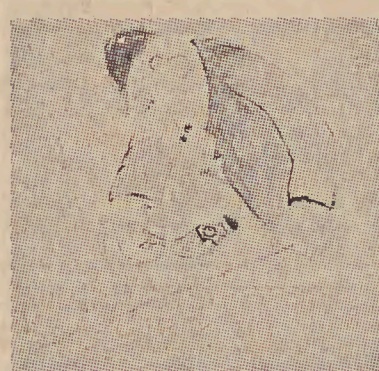
These II

Der Ausbildungssektor, betrachtet als institutioneller Bereich im Reproduktionsprozess, besitzt selbst keinen Eigenwert und ist auch nicht — im Sinne bürgerlicher Apologetik — (Vgl. die abstrakten Verweise bürgerlicher Bildungsökonomien auf eine quasi naturwüchsige Eigendy-

namik fortgeschrittener Industriegesellschaften.) autonom, sondern übernimmt die Funktion der Heranbildung des Arbeitsvermögens, welches sich als wahre Arbeitskraft auf dem Markt gegen Lohn austauscht. Die jeweilige Qualifikation stellt hier den Wert der Arbeitskraft dar.

Hinter der „Bildung der modernen Industriegesellschaft“ verbirgt sich also der „Ausbildungsprozess als Prozeß der Aufzucht der Arbeiterklasse“. Es wäre hier zwar noch zu unterscheiden, welche Funktionen die Arbeitskraft im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozess einnimmt — z. B. unmittelbar produktiv, Wert und Mehrwert schaffend, Herrichtung und Instandhaltung der Arbeitskraft, Arbeit in der Zirkulation, Arbeit der Repression, von Ideologierzeugung bis hin zum Militär — dies kann jedoch an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

Die Realisationschancen für eine Satzung nach oben dargelegtem — formalem — Konzept sind äußerst gering. Denn zum einen kann ja der Minister bereits jederzeit, eine Satzung erlassen, da sich die RUB mit ihrem Satzungsgebungsverfahren in Verzug befindet; zum anderen braucht man im Satzungskon-



These III

Das Verhältnis von Ausbildungssektor zum produzierenden Sektor stellt sich uns in diesem Kontext also wie folgt dar:

Der Ausbildungssektor wird aus der gesamtgesellschaftlichen Revenue finanziert; wobei über Umverteilungsmechanismen und Modalitäten hier nichts ausgesagt werden soll. Damit verbunden ist, daß die Aufwendungen zur Qualifizierung der Ware Arbeitskraft im Ausbildungssektor die Kürzung des akkumulationsfähigen Teils des Mehrwerts zur Folge haben. Somit erscheint die Widersprüchlichkeit zwischen Notwendigkeit und Grenze evident:

Einerseits auf der Gebrauchs-wertseite Anpassung der Qualifikationsstruktur der Ware Arbeitskraft an die Erfordernisse des technologisch bedingten Arbeitsprozesses, andererseits Senkung der Mehrwertrate durch Erhöhung des Tauschwertes der Ware Arbeitskraft und Senkung der Profitrate durch Verminderung des akkumulationsfähigen Teils des Mehrwerts für die gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen.

„So erscheinen die ‚Kompressionstendenzen‘ (Kurzstudium, Gesamtschule, technologisch bedingte Lehr- und Lernmethoden) im Ausbildungssektor als staatlicher Versuch, innerhalb des Spielraums zwischen Notwendigkeit der Qualifizierung und Grenzen der Verwertung noch möglichst viel durch Steigerung der Effizienz hineinzu-pressen, also um das Verhältnis von Input und Output zu optimieren.“ (Altwater, Materialien ..., S. 22)

Jedoch die bloße Denunziation von hinter Wissenschaft und Bildung stehenden Kapitalinteressen kann die Dimension moralischer Kritik schlechterdings nicht überschreiten, sie muß notwendig ideologisch bleiben (vergl. DKP und Spartakus).

Anmerkung: Die nächste BSZ wird schwerpunktmäßig diese Thematik weiterführen unter besonderer Berücksichtigung des Ordnungsrechts und der politischen Unterdrückung.

Wahlen zum Satzungskonvent

Fortsetzung von Seite 1
Rektor — Prof. sein muß. Senat, Konvent und Präsident sind Organe der Hochschule im Sinne des HSG. Kontrolliert wird der Präsident durch einen 4-köpfigen Beirat, in dem jeweils ein Vertreter jeder Mitgliedsgruppe sitzt. Der Beirat berät alle Entscheidungen des Präsidenten vor.

Die Struktur der Fachbereiche („Fachbereich“ = „Abteilung“) sieht so aus: eine Fachbereichsversammlung mit Viertelparität beschließt u. a. über Satzungsänderungen, den Haushalt, Besetzung von Stellen etc.;

die Fachbereichsleitung (2 Profs, 1 Assistent, 1 Student, 1 nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter) bereitet Beschlüsse der FB-Versammlung vor und führt sie aus. Sie koordiniert die Arbeit der verschiedenen FB-Kommissionen.

Im Bereich von Studium und Lehre sieht die Verf. eine Kontrollkompetenz für den Senat vor. Ansatzpunkte und Möglichkeiten für die Einrichtung von Reformstudiengängen (z. B. Projektstudien, in denen von einer Aufgabenstellung her mehrere Wissenschaftsgebiete ineinandergreifen werden), sowie allgemeine Bestimmungen über die Studienfreiheit, Studienpläne und -ordnungen sind in die Verf. eingebaut.

Realisationschancen?

Nun ist ja bekannt, daß aufgrund der Vergeßsachftung der Ausbildung unter Beibehaltung ihrer privaten Verwertung — oder anders — aufgrund der Tatsache, daß die Ausbildung notwendigerweise eine staatlich organisierte „Gemeinschafts“-Aufgabe ist, während die Verwertung der im Ausbildungssektor (den zukünftigen Arbeitskräften) vermittelten Qualifikationen letztlich einer Minderheit von Kapitaleignern überlassen bleibt, eine zentrale Planung des Ausbildungsbereiches, die der Arbeitsmarktnachfrage stets ein entsprechendes Angebot an Arbeitskräften gegenüberstellen muß, notwendig wird, also so etwas wie „Hochschulautonomie“ oder dezentrale Entscheidungsfindung abgebaut wird. Wohlgerneht: im kapitalistischen Interesse. Es bleibt also die Frage, wie angesichts dieser Tendenzen wir den Stellenwert der Arbeit im Satzungskonvent sehen.

Die Realisationschancen für eine Satzung nach oben dargelegtem — formalem — Konzept sind äußerst gering. Denn zum einen kann ja der Minister bereits jederzeit, eine Satzung erlassen, da sich die RUB mit ihrem Satzungsgebungsverfahren in Verzug befindet; zum anderen braucht man im Satzungskon-

vent für eine Beschlussfassung eine 2/3-Mehrheit, also bei gleichem Stimmverhalten von Assistenten, Studenten und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern mindestens 4 Profs; zum dritten kann der Minister seine Zustimmung zur Satzung versagen bei rechtlichen Bedenken, die jederzeit aus dem HSG herausinterpretiert werden können.

Nun muß sich aber kapitalistische Bildungsplanung durch den Widerspruch hindurchklavieren, daß einerseits gemäß dem ökonomischen Bedarf an Arbeitskräften geplant wird, andererseits die Ideologie vom Recht auf Bildung ein wichtiger Legitimationspfeiler, der Mythos von der freien Gesellschaft, in der jeder sich nach seinem Wunsch möglichst frei entfalten kann, Argumente der Herrschenden für die Beibehaltung und Rechtfertigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung darstellen. Notwendig ist also auch das HSG Ausdruck dieser Widersprüchlichkeit, indem es formell den Hochschulen eine eingeschränkte Autonomie zugesteht, die es tatsächlich nicht verwirklichen, nicht real machen kann.

Diesen Widerspruch werden wir ausnutzen, indem wir auf der juristischen Grundlage des HSG einen Satzungsentwurf durchsetzen werden, um ihn zu konfrontieren mit den tatsächlichen, zentralistischen, von den Herrschenden unter Verplanung der Betroffenen als „Erfordernisse des Gemeinwohls“ definierten Notwendigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft. Dies wird um so leichter sein, als die neue kapitalistische Hochschulplanung ständig in Form der von außen gesteuerten Reglementierungsmechanismen wie Numerus clausus, leistungsabhängige Ausbildungsförderung etc. für den einzelnen Studenten materiell am eigenen Leibe erfahrbar wird.

Diese Widersprüchlichkeiten der kapitalistischen Bildungsplanung (Bedarfsplanung versus individuelle freie Wahl des Berufes) sowie ihrer Durchsetzung (Autonomievorstellungen der Ordinarien gegen technokratische Konzepte; Kurzstudiengänge versus breite Ausbildung, die eine später notwendige Fungibilität vermittelt) können wir im Satzungskonvent aufgreifen, um zum einen die relativ günstigen Arbeitsbedingungen für eine emanzipatorische Hochschulpolitik zu sichern,

zum anderen, um diese Widersprüche mitsamt ihren Ursachen im Detail nachzuweisen und zu vermitteln. Eine Machtposition werden wir über den Satzungskonvent nicht erringen, dazu sind die Erfahrungen mit Mitbestimmung bzw. Mitwirkung zu deutlich.

STUDIENKREIS FILM

PROGRAMM

Hörsaalzentrum Ost, Saal 20, jeweils 18 + 20.30 h

Mittwoch, den 31. Mai

OBERHAUSEN 1972. Ausgewählte Preisträger der 18. Westdeutschen Kurzfilmtage. Einführung: Will Wehling, Festival-Leiter. Achtung! Wir zeigen diesmal zwei voneinander verschiedene Programme, von denen das erste (18.00) einen Querschnitt durch die internationale Kurzfilmproduktion anbietet, während das zweite (20.30) vorrangig die filmische Behandlung politischer und sozialer Konflikte herausstellt.

Mittwoch, den 7. Juni

Shinsuke Ogawa: DIE BAUERN DER ZWEITEN FESTUNG. Japan 1971. Ein harter und grausamer Dokumentarfilm über Solidarität und Widerstand im Kampf gegen das Kapital. — Die Bevölkerung eines Dorfes bei Tokio kämpft gegen die Enteignung ihres Landes, auf welchem ein internationaler Großflughafen errichtet werden soll. Alle Mittel im Kampf gegen die Zwangsverbreitung werden ausgeschöpft. Es kommt zum Bauernkrieg. Die Bevölkerung igelt sich in unterirdische Festungen ein, wehrt sich mit Traktoren, mit Holzknuppeln und mit den bloßen Fäusten gegen die hervorragend ausgerüsteten Polizeitruppen.

AStA-Mitglied und SAG-Genossen festgenommen

Fortsetzung von Seite 1
lizeistaatsmethoden einzuschüchtern und einzelne Sozialisten als Bombenleger zu beschuldigen, um sie so in der Öffentlichkeit zu diffamieren und diskriminieren.

Diese Kampagne, mit ihrer verschärften politischen Unterdrückung in den Betrieben, Schulen und Hochschulen, mit den Bürgerkriegsvorbereitungen und den Terrorurteilen der Klassenjustiz ist nichts anderes als der von den Herrschenden auf allen Ebenen vorbereitete Klassenkampf von oben. In dieser Situation, wo sich die Lage der Arbeiterklasse objektiv verschlechtert, viele Arbeiter aber nicht mehr bereit sind, dieses kampfflos hinzunehmen, dürfen wir uns nicht nur moralisch entrüsten, können wir nicht neutral bleiben, denn dann unterstützen wir genau diese Absichten der Herrschenden, müssen wir den politischen Kampf verstärkt führen und vorantreiben (was aber gerade nicht heißt, mit Bomben mühsam aufgebautes Bewußtsein auseinanderzusprengen).

Letzte Meldung: Neue Übergriffe

Einer der drei am Freitag festgenommenen Genossen, Dieter Diemer, wurde in der Nacht von Samstag zum Sonntag erneut, diesmal in Erkenschwick, festgenommen. (Dort fand ein Freizeittlager der Falken statt.) Unter dem Vorwand eines Alkoholtests holten die Polities ihn mit entscherten Maschinenpistolen und Knarren aus dem

Wagen. Dann auf einmal stellten sie die angeblich frapperende Ähnlichkeit mit Albert Fichter, einem der 19, deren Bilder seit Montag überall hängen, fest. Obgleich da gar keine Ähnlichkeit ist und obgleich die Polities zumindest seit Freitag genau wußten, wer Dieter Diemer ist, hielten sie ihn über 10 Stunden fest. Wie am Freitag ignorierten sie frech, daß der Genosse sich ausweisen konnte, daß er tatsächlich Bildungsreferent bei den Falken ist, daß alle diese „Angaben zur Person“ umstandslos nachprüfbar waren. Sie ignorierten seine Ausweise, verweigerten stundenlang jeden Kontakt mit dem Anwalt, sie wollten unbedingt „erkenntnisdienliche Behandlung“.

Das haben sie dann auch gemacht, in ständigem Kontakt mit dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Von dort wurde die ganze Aktion geleitet.

Das alles ist nicht mit Hysterie und Angst der Polities zu erklären. Das sind gezielte Einschüchterungsversuche, das ist wohlüberlegter Terror der Staatsgewalt, dazu dürfen und können wir nicht schweigen.

KÄMPFT GEGEN DIE ILLEGALISIERUNG UND KRIMINALISIERUNG SOZIALISTISCHER UND KOMMUNISTISCHER ORGANISATIONEN! KÄMPFT GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG IN BETRIEBEN, IN SCHULEN UND AN DEN HOCHSCHULEN! SOLIDARITÄT IST EINE WAFFEN!



Linke Diskussion

Wissenschaftlich-technische Revolution Grundlage einer sozialistischen Theorie?

Der heimatlosen Linken wird oft von revisionistischer Seite vorgeworfen, ihr Sozialismus spiele sich nur in ihren Köpfen ab; welche weitreichenden Folgen aber eine Identifizierung mit den sogenannten „sozialistischen“ Ländern hat, zeigt sich besonders deutlich am Problem der Strategie.

So ist die DKP-Strategie darauf angelegt, einen Staat wie die DDR zu errichten; schon der organisatorische Aufbau zeigt eine gewisse Ähnlichkeit zwischen beiden, denn die Führungselite der DKP entspricht ungefähr der autoritären, manchmal auch „Staatsbourgeoisie“ genannten SED-Spitze. Außerdem scheinen beide Parteien nicht gerade viel Wert auf die Bewußtseinsbildung zu legen, die DDR-Theoretiker erwarten diese jedenfalls automatisch von der Entwicklung der materiellen Grundlagen des Sozialismus, und die DKP hat es mit ihren Parolen wie „Löhne rauf, Preise runter“ und „Runter mit der Rüstung“ wohl auch nicht gerade darauf angelegt, die Verdinglichung des Bewußtseins zu durchbrechen. Im Gegenteil würde diese Ausrichtung auf rein materielle Interessen den DKP-Funktionären nach der erstrebten Machtergreifung gerade ihre Herrschaftspositionen garantieren, sie könnten den Arbeitern dann genau wie in der DDR durch Konsumsteigerung einen „Sozialismus“ vorspiegeln.

ne Theorie ein; danach sind Kriterien der „WTR“:

- 1. die systematische und bewußte Ausnutzung neuer Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft im gesamten Produktionsprozeß;
- 2. die Anwendung komplex-automatisierter Fertigungs- und Datenverarbeitungssysteme;
- 3. die sich ändernde Stellung des Menschen zur Natur im Prozeß ihrer Aneignung und Beherrschung in der Gesellschaft. Man kann diese Merkmale wohl kaum als Symptome einer Entwicklung ignorieren, man kann sie aber nicht selbst zu einer Entwicklung machen; der DDR-Theorie zufolge sollen aber Wissenschaft und Technik selbst Produktivkräfte sein, sie sollen demnach nicht das Produkt bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse sein, sondern anscheinend vom Himmel fallen. Deshalb müsse auch die „WTR“ von allen fortschrittlichen Industrieländern, von den kapitalistischen wie von den sozialistischen, bewältigt werden.

Auf Grund der „WTR“ soll nun in den „sozialistischen“ Staaten automatisch eine Änderung des Bewußtseins vorstatten gehen: die durch die „WTR“ bedingte Produktionssteigerung soll zu einer weitgehenden Automatisierung führen, die die Herauslösung der Produzenten aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß bewirkt; dies soll nun wiederum automatisch zu einer „sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“ mit Ingenieuren, Technologen und anderen führen. Durch diese veränderte Stellung im Produktionsprozeß soll das neue Bewußtsein, der neue Mensch, entstehen; eine solche einseitige Auffassung von der Beziehung zwischen Basis und Überbau kann sich bestenfalls auf Feuerbach, aber nicht auf Marx berufen.

Mit der Theorie von der neutralen „WTR“, die auf die fortgeschrittenen Industriegesellschaften herabzugen soll, haben die Revisionisten einmal wieder gezeigt, daß sie wirklich welche sind. Technik und Wissenschaft sind eben keine Produktivkräfte, bei ihrer Anwendung wird lediglich die Produktivkraft der menschlichen Arbeit erhöht. Der einzige Grund für die Einbeziehung der Wissenschaft ist im Kapitalismus die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, die Verwissenschaftlichung der Produktion ist damit nur eine Form der relativen Mehrwertsteigerung. Die Grenzen der Anwendung von Wissenschaft sind deshalb auch durch den Verwertungsprozeß gesetzt; die durch Anwendung von Wissenschaft wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals und der daraus folgende tendenzielle Fall der Profitrate bestimmen nämlich die qualitative Veränderung des Produktionsprozesses und damit die Weiterentwicklung der Produktivkräfte.

Die „WTR“ kommt also nicht von außen auf das Kapital zu, sie wird im Gegenteil vom Kapital erst ins Leben gerufen und bei Bedarf wieder lahmgelagt. Der Wissenschaftsfetischismus, wie er von den Revisionisten vertreten wird, führt zu einer Übernahme der Formbestimmtheit des Arbeitsprozesses im Kapitalismus: von einer neutralen „WTR“ ausgehend fragt man nicht, ob die Form des Arbeitsprozesses oder die Auswahl der Produkte, die im Kapitalismus dem Verwertungsprinzip untergeordnet ist, den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, ob zum Beispiel Akkordarbeit nicht die Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt bewirkt, ob die Übernahme der kapitalistischen Technik nicht mit dem Sozialismus unvereinbar ist. Alles dies kann nicht gefragt werden, da die „WTR“ als systemneutrale Erscheinung verstanden wird.

Die Ideologie der „WTR“ ist die Grundlage einerseits für die DDR-Theorie, andererseits für die Sozialstaatsillusion, die der DKP-Strategie zugrunde liegt. Danach kann der Staat in einem friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vorerst in der „antimonopolistischen Demokratie“ autonom in der Sphäre der Verteilung des Sozialproduktes walten und in ihr durch eine „gerechte Verteilung“ auf den Sozialismus hinarbeiten. Dabei wird die Sphäre der Produk-

tion als unabhängig von der Distribution betrachtet und damit die Kapitalismuskritik auf die Frage der gerechten Verteilung reduziert; man fragt nicht nach Gebrauchswert der Produkte, man fragt nicht, wie sie produziert worden sind, denn die „WTR“, nicht etwa das Verwertungsprinzip, muß ja gerade diese Produktion bewirkt haben. Diese Ideologie von der Verteilung des „Kuchens des Sozialprodukts“, die schon von Erhard vertreten wurde, läuft letzten Endes auf ein konflikttheoretisches Gesellschaftsmodell hinaus: wenn man genügend Druck gegen die starke Gruppe der Monopole setzt, kann man die Macht im Staat erobern und den Kuchen selbst verteilen.

Diese Fixierung auf die Verteilungssphäre, d. h. auf die materiellen Interessen, ohne die Unmöglichkeit aufzuzeigen, sie im System durchsetzen zu können, bringt eine Entmündigung der Arbeiter mit sich. Die rein materiell ausgerichteten Parolen und Sprüche der DKP werden höchstens den Konsumidiotismus festigen, in der „antimonopolistischen Demokratie“ und dem darauffolgenden DDR-Sozialismus jede Bewußtseinsbildung verhindern und so die Herrschaft der Funktionäre festigen.

Ähnlich sieht es in der DDR aus: mit dem Wettbewerb mit dem Kapitalismus wurde die kapitalistische Technologie übernommen, man hat sogar die Warenproduktion, die „Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft“, wie Marx sie genannt hat, in das Wirtschaftssystem eingebaut. Doch sind Stücklohn, Fließbandarbeit und materielle Anreize als Mittel der Produktionssteigerung ebenso wie ein Plan, der von irgenwo oben in die Alltagswelt des Arbeiters hineinplatzt, ungeeignet, um die Fremdbestimmung der Arbeit, geschweige denn das dichotomische Bewußtsein des „die da oben und wir da unten“ aufzuheben, das eben ein Produkt dieser gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

Der DKP-Strategie wie der DDR-Theorie liegt also die Ideologie von der „WTR“, die Ausrichtung auf materielle Interessen zugrunde. Was von einem solchen rein ökonomischen Sozialismus zu halten ist, hat Che Guevara einmal formuliert:

„Wir kämpfen gegen das Elend, aber wir kämpfen auch gegen die Entfremdung. Eines der fundamentalen Ziele des Marxismus ist es, den Faktor des individuellen Interesses und Gewinns aus den physischen Motivationen der Menschen zu entfernen. Marx beschäftigte sich mit den ökonomischen Faktoren und mit ihren Auswirkungen auf den Geist. Wenn der Kommunismus nicht auch daran interessiert ist, mag er eine Methode der Güterverteilung sein, aber er wird niemals eine revolutionäre Form des Lebens sein.“ SHB/FF

TRIKONT

NEUERE BEITRÄGE ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE

SAMIR AMIN / CHRISTIAN PALLOIX

Der internationale Handel und die internationalen Kapitalbewegungen / Ungleichem Austausch und internationale Arbeitsteilung / Die Imperialismusfrage bei Lenin und Rosa Luxemburg / Imperialismus und Monopolphase / Imperialismus und Klassenkampf
NEUERSCHEINUNG 100 Seiten DM 7,40

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11

TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf

Obwohl Heer aus dem Volk/kein Heer des Volkes/sondern Heer gegen das Volk.
Neuerscheinung 100 Seiten DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 25

GEWERKSCHAFT UND ARBEITERKLASSE

VIKTOR AGARTZ
Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung

Koalition statt Klassenpolitik / Die Sterilisierung durch Neutralität / Die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System / Sozialer Kapitalismus und Mitbestimmung / Der politische Streik / 144 Seiten, DM 7,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22

MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN

GILBERT MURY

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf / Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft / Revolutionierung des Alltagslebens / Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken / Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der Industrie / Die neue Stellung der Frau / Leben in den Landkommunen / Revolutionierung der Kultur / Verhältnis von Partei und Massen.
Neuerscheinung 175 Seiten DM 7,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 28

SIND WIR PROLETARIER ?

Zur Verbindung der Kämpfe im Produktions- und Distributionsbereich.
Die Kämpfe der Kaufhausangestellten in Frankreich

Arbeiter in der Handelsbranche - vollberechtigte Mitglieder der Arbeiterklasse / „Massenkonsum“ - ein gesellschaftlicher Fortschritt? / Bedingungen für eine revolutionäre Aktion / Angriff auf das System ideologischer Unterdrückung / Vereinigung von Arbeitern und Angestellten / Vertretung durch die Gewerkschaften oder Autonomie? / Die Gründe der Unzufriedenheit in den Warenhäusern des Pariser Großbrauns / Arbeitsbedingungen, Lohn und Kampfmaßnahmen / Kunden, Verkäufer, alle gemeinsam gegen die Unternehmerräuber und ihre Bullen / „All das ist nur ein Anfang!“
60 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 4,00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 29

NEHMEN WIR UNS DIE STADT

Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua.
Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe

Über unsere politische Situation / Die Kämpfe von 1962 und die Konjunktur / Der Heiße Herbst / Warum es schwierig ist, eine Klassenanalyse zu machen / Die Haltung zur Revolution / Die Arbeitsteilung und ihre Folgen / Die Politik der Bündnisse, materielle Grundlage des Revisionismus / Die revolutionäre Alternative / Der französische Mai / „Volk“ und „Proletariat“ / Produktive und unproduktive Arbeit / Was ist Arbeiterautonomie? / Die Ablehnung der Arbeitsteilung / Die Arbeiterklasse und die Ablehnung der Lohnarbeit / Der Kampf gegen die kapitalistische Schule ist ein Kampf gegen die Arbeitsteilung / Der Widerspruch der Massenschule / Das Proletariat außerhalb der Fabriken / Das Lumpenproletariat / Das Proletariat im Süden
ca. 140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 7,80

ABONNEMENT

Unsere Bücher können abonniert werden - entweder insgesamt oder nur die der Reihe „Schriften zum Klassenkampf“. Die einzelnen Titel (insgesamt ca. 10-12 Titel jährlich) erscheinen in unregelmäßigen Abständen. Die Preise liegen in der Regel - mit ganz wenigen Ausnahmen - zwischen DM 4,00 bis DM 9,00, je nach Umfang. Auf diese Preise erhalten Abonnenten einen Rabatt von 15%. Bestellungen laufen für 1 Jahr unkündbar und können dann vor der Auslieferung der einzelnen Titel gekündigt werden. Für den Zeitraum von einem halben Jahr werden die neuen Titel angekündigt. Wir können Auflagen und Preise besser kalkulieren, wenn ein großer Teil durch die Abos fest vorbestellt ist. Außerdem liegt darin und in der Werbung für neue Abonnenten eine gute Möglichkeit zur Unterstützung des Verlags. Unterstützt den Trikont Verlag durch ein Abonnement und durch Anwerbung neuer Abonnenten!

Unsere Bücher sind erhältlich bei: POLITISCHE BUCHHANDLUNG 463 Bochum Overbergstraße 5
Trikont-Verlag 8 München 80 Josephsburgstr. 16

SCIENCE FICTION TIMES

Ideologiekritische Zeitschrift für Science Fiction und „Trivial“-Literatur
Bringt Rezensionen, Artikel, Informationen, Stories
Erscheint zweimonatlich. Bestellungen an Hans Joachim Alpers, 285 Bremerhaven 1, Weißenburger Straße 6.
Einzelheft 3,- DM, Jahresabonnement (6 Hefte) 15,- DM.
Erhältlich in der Bücherscheune.

DKP & MSB jetzt gegen Ostverträge?

Dem Kapitalismus scheinen in diesem Lande noch viele schöne Jahre beschieden zu sein, dieser Eindruck drängt sich einem jedenfalls auf, wenn man sich ansieht, in welcher Sackgasse der Teil der Arbeiterbewegung gelandet ist, der sich unter den Fahnen der DKP gesammelt hat. Offenbar haben DKP samt MSB Spartakus die Monopole in ihren „antimonopolistischen Kampf“ miteinbezogen, wenn sie in der UZ vom 28. April schreiben:

„Mit 53 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Geistesleben ist Krupp-Generalbevollmächtigter Beitz für die Annahme der Verträge, weil ihre Ablehnung die BRD in die internationale Isolierung treiben, ... und unser Friedenswille ungläubhaft würde. Das zeigt die Breite der Bewegung für einen sicheren Frieden in Europa, an deren Zustandekommen die DKP aktiv mitgewirkt hat.“

Der letzte Satz spricht eigentlich für sich, die DKP hat es anscheinend aufgegeben, die Verdinglichung des Bewußtseins durchbrechen zu wollen, wenn sie einen so bedeutenden Mann des Großkapitals wie Beitz zu einem charismatischen Friedenskämpfer macht. Man fragt sich wirklich, was das noch mit sozialistischer Politik zu tun hat, wenn Spartakus die Ostverträge groß als Friedensverträge feiert und uns vor dem bösen „Rechtskartell“ warnt, das sich selbsterweise nicht mehr gegen die Verträge ausspricht.

Die Ratifizierung der Verträge verteilt der MSB Spartakus ein Flugblatt für die Ratifizierung der Verträge gegen das Rechtskartell; er hatte wohl nicht begriffen, daß das „Rechtskartell“ im Bundestag durch sein Abstimmungsverhalten (Enthaltung) die Ratifizierung unterstützt hatte.

Aufgabe von Sozialisten wäre es aber die ökonomischen Hintergründe des Friedensgeschwafels aufzudecken und nicht in dieses einzustimmen, d. h. die „Friedensverträge“ als Handelsverträge zu entlarven.

So befinden sich DKP und MSB nun in der grotesken Situation, mit ihrer Parole „Stopp Strauß und Barzel“ die Verträge verhindern zu wollen; das „Rechtskartell“ muß sich wohl zum Sozialismus bekehrt haben - oder die DKP zum Kapitalismus. Dem UZ-Artikel nach scheint ersteres richtig zu sein, aber so oder so, es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis daß die DKP sich mit der Rüstungsindustrie für einen höheren Wehretat einsetzt, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF

Zeitschrift für marxistische Pädagogik
Zu allen Fragen der politischen Jugendarbeit, des Schulkampfes und der Sozialarbeit.
Bisher vier Hefte erschienen. Nr. 5/6 (Doppelheft) ca. 180 S., DM 8,- im April
KAMPF GEGEN DIE POLITISCHE DISZIPLINIERUNG DER LEHRER
Aus dem Inhalt:
Illegalisierung und Disziplinierung oppositioneller Lehrer in der BRD / Zur Funktion des Beamtenrechts in der bürgerlichen Demokratie / Dokumente / Die Rolle der GEW / Zur Einschätzung des Bremer Modells / Der sozialistische Lehrerkongress in Frankfurt

LERNEN: Geschichte Weimarer »Republik« subversiv

Zum ersten Gegenschulbuch in der Reihe LERNEN: subversiv hieß es: „... die Möglichkeit für einen revidierten Geschichtsunterricht.“ SWF „... Material gegen einen Geschichtsunterricht der Verschleierung.“ WDR
2., verbesserte Auflage ca. 300 S., Illustrationen und Landkarten im Ringbuch, auseinandernehmbar DM 12,- neutrale Schulausgabe, steifer Pappband DM 12,-



JAN RASPE ZUR SOZIALISATION PROLETARISCHER KINDER

Jan Raspes Arbeit ist einer der wichtigsten neueren Beiträge zur Sozialisationstheorie. Sie wurde bisher unterschlagen, weil Jan Raspe von der Bundesanwaltschaft zum „harten Kern“ der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe gezählt wird.
ca. 120 S., ca. DM 6,- im April

Erhältlich bei Politische Buchhandlung 463 Bochum Overbergstraße 5



Anders als jede Fabrikzigarette

Manila

- Zware Shag dunkel + echt + würzig
Ein Genuß, den fertige Zigaretten nicht bieten.



Gratisprobe: Tabakfabriken Pöschl, 83 Landshut, Postfach 568 M

Offener Brief: Sprei-Prozeß in Bochum

Am 18. Mai 1972 um 11.30 Uhr fand im Bochumer Amtsgericht, Zimmer 132, ein politischer Prozeß statt. Angeklagt waren vier ehemalige Redakteure der Bochumer Studentenzeitung (BSZ), unter ihnen ein irakischer Student.

Grundlage der Anklage: vier aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, die in zwei in der BSZ im April 1970 veröffentlichten Artikeln nachlesbar sind.

Thema der Artikel: Entführung und Erschiebung des BRD-Botschafters in Guatemala, Graf Sprei.

Was ist das besondere an diesem Sprei-Prozeß?

Etwa die Tatsache, daß die Anklage „Öffentliche Billigung eines Mordes“ auf bloß vier Sätzen fußt, die zudem noch einer besonderen staatsanwaltschaftlichen Auslegung unterzogen werden mußten, um als prozeßtragende Säulen überhaupt brauchbar zu sein?

Nein, das wäre nichts besonderes in Westdeutschland, schon gar nicht, wenn es gegen zwei Kommunisten und einen Araber geht. (Denn bekanntlich hat die bürgerliche Presse sich mehr als redlich darum bemüht, Araber und bombenlegende Flugzeugführer gleichzusetzen.)

Wesentlich ist: Dieser Prozeß beleuchtet blitzlichtartig die gesamte innen- und außenpolitische Szene des westdeutschen Staates.

PROGRAMM

„Ruhe an der Heimatfront“

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist ein konkretes Stück der Klassenkämpferischen Auseinandersetzung während der vergangenen zwei Jahre in der BRD.

So wird an diesem vergleichsweise leichten Geschütz Klassenjustiz deutlich, wem das ganze Waffenarsenal dient, das der westdeutsche Staat in letzter Zeit so heftig ausbaut. Die innere — und äußere — Aufrüstung ist eine unmittelbare Reaktion der westdeutschen Monopolbourgeoisie auf die politisch-wirtschaftliche Entwicklung, die sie das Fürchten gelehrt hat.

Die Prozeßgeschichte paßt ins Programm „Ruhe an der Heimatfront“, während die inkriminierten Artikel ein bezeichnendes Licht darauf werfen, wie der US- und der BRD-Imperialismus auswärts mit ihren Krisen fertig zu werden suchen.

Das Programm „Ruhe an der Heimatfront“, das durch den verstärkten Ausbau von Bundesgrenzschutz, Polizei, Wehrmacht zur Bürgerkriegsarmee verwickelt werden soll, zielt auf Einschüchterung, Kriminalisierung und, letztlich, Zerschlagung der zunehmenden westdeutschen Arbeiterbewegung, insbesondere der wachsenden kommunistischen Bewegung.

Alle verfügbaren politischen, juristischen und militärischen Mittel werden gegen die beginnende „rote Flut“ aufgeboten, sollen die westdeutsche Monopolbourgeoisie vor dem Ersaufen retten.

Programmgestalter: SPD

Bei Organisation dieser Mobilisierung bedient sie sich bewährter Strategien, insbesondere der Sozialdemokratie als ihrer derzeitigen Hauptstütze in der Arbeiterklasse: Namen wie Ebert, Noske, Severing und Zörgiebel bürgten für Qualität; Namen wie Schmidt (Bonn), Rühnau (Hamburg), Neubauer (West-Berlin), Schreiber (München), Krause (Stuttgart) werden für Qualität bürgen.

Nichts spricht dagegen, — außer unserem Kampf darum, daß die Arbeiterklasse diesen und anderen Herren, und damit der Monopolbourgeoisie als ihrem Auftraggeber, diesmal beißen das Handwerk legt.

Darum das Bemühen der Monopolbourgeoisie und ihrer Schergen, vorher uns das revolutionäre Handwerk zu legen.

Zum Beispiel: Schwerverbrecher

Ein geflügeltes Wort der Bochumer Anwaltskammer zeigt klipp und klar, daß der Klassenkampf auch im Gerichtssaal mit unverminderter Schärfe geführt wird: „Die Ehre, von Engwitz (Leitender Oberstaatsanwalt, Ankläger im Sprei-Prozeß) angeklagt zu werden, wird normalerweise nur Schwerverbrechern zuteil.“

Die Absicht der Klassenjustiz liegt somit auf der Hand: Kriminalisierung um jeden Preis.

Der immer wieder gescheiterte Versuch, die Rechnung „links = kriminell“ aufgehen zu lassen, soll eine Neuaufflage erleben; denn, bürgerliche Klassenjustiz glaubt nicht den Fakten, sondern läßt die Fakten dran glauben, besonders gern, wenn es gegen Kommunisten geht, gegen die sich der heilige Zorn aller bürgerlichen Kräfte, von „links“-liberalen bis erz-reaktionär, wendet, offen oder versteckt.

Getreu der bewährten Methode zu rufen: „Haltet den Dieb“, um die Aufmerksamkeit von sich auf einen anderen zu lenken, so verfährt die Rechtsabteilung des imperialistischen Staates auch in diesem Falle:

Die Redakteure, die mit ihren Artikeln die brutale Unterdrückung des guatemalteckischen Volkes durch den US-Imperialismus und die offenkundige Billigung dieses verbrecherischen Aktes durch

den BRD-Imperialismus darstellen und den Krokodilstränen der von der Monopolbourgeoisie gedungenen Tintenkuulis entgegenhellen, — diese Redakteure sollen nun durch den Kriminalisierungswolf gedreht werden.

„Öffentliche Billigung des Mordes an Graf Sprei“ lautet die zusammengenammelte Anklage eines ehrenwerten Herrn Oberstaatsanwalts, der es „normalerweise“ nur mit Schwerverbrechern zu tun hat.

„Öffentliche Billigung der US-imperialistischen Unterdrückung und Teilnahme an der Ausplünderung des guatemalteckischen Volkes, aktive Unterstützung des Völkermordes in Vietnam“.

lautet die gegen die BRD-Monopolbourgeoisie und ihre diplomatischen Handlanger gerichtete Anklage, deretwegen die Redakteure von eben deren Rechtsverwesern angeklagt werden.

Und sie werden angeklagt, weil sie es bei dieser Anklage nicht bewenden ließen, sondern gleichzeitig die Mittel zur Sprache brachten, mit denen das guatemalteckische Volk wie alle unterdrückten Völker sich seiner Feinde erwehrt, Mittel, die ihnen von der feindlichen militärischen Übermacht und durch die Taktiken imperialistischer Kriegsführung aufgezwungen werden.

Von daher sind die Maßnahmen der Befreiungskämpfer zwangsläufig und von Notwendigkeit für den endgültigen Sieg dieser Völker.

Wer sucht, der findet...

Den Redakteuren wird zur Last gelegt, „nach dem Mord an dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala, Graf Sprei, in einem in der „Bochumer Studentenzeitung“, Ausgabe Nr. 58, vom 9. 4. 1970 unter der Überschrift „Zum Fall Sprei“ veröffentlichten Artikel unter anderem ausgeführt zu haben:

„Wir vergießen keine Krokodilstränen: von seinen der Guerilleros und für die Widerstandsbewegung in Lateinamerika war es eine Notwendigkeit, die Drohung wahr zu machen

und in Ergänzung dieser Ausführungen in der Ausgabe Nr. 59 des gleichen Presseorgans vom 23. 4. 1970 (...) im Anschluß an die Veröffentlichung eines Leserbriefes zu dem Artikel vom 9. 4. 1970 unter „Anmerkung der Redaktion“ u. a. erklärt zu haben:

„Die Herren Botschafter — und seien sie noch so lieb und nett — sind Agenten des Imperialismus und daher Feinde des Volkes. Ein Volk, das um seine Befreiung kämpft, muß seine Feinde schlagen. Es ist wirklich nicht so wichtig für das Volk von Guatemala, ob dieser Feind ein Landgraf aus Bayern oder ein Baron aus Paris ist!“

Diese vier Sätze bilden also die Grundlage einer Anklage, die auf „Öffentliche Billigung eines Mordes“ lautet (Vergehen nach §§ 140 I. V. mit §§ 138, 47 StBG; Höchststrafe: 5 Jahre Gefängnis).

Durch sie wacherüttelt wurde offenbar der Gerechtigkeitsinn der Politischen Polizei (K 14), die, gerade noch rechtzeitig vor Verjährung, eine Anzeige vornahm. Wohl im Bewußtsein ihrer zweifelhaften verfassungsrechtlichen Existenz, machte sie vom Recht, als Ankläger ungenannt zu bleiben, Gebrauch.

(Die bisherige u. a. auch im Mahlerprozeß deutlich gewordene Praxis der Politischen Polizei legt diesen Schluß ebenso nahe wie die unten näher ausgeführte — ins Auge springende zeitliche Übereinstimmung von gerichtlichen Schritten der Anklage mit, für die herrschende Klasse besonders unangenehme, politischen Aktionen, bei denen die Angeklagten sich offensichtlich der ungeteilten Aufmerksamkeit von K-14-Spitzeln erfreuten).

Vier Sätze aus zwei Zeitungsartikeln reichen also der Politischen Polizei aus, um die Rechtsabteilung des bürgerlichen Staates gegen Linke Opposition wuf Trab zu bringen.

1000jährige Justiz

Gutgläubige bzw. regierungstreue Leute, die „Klassenjustiz“ für ein linkes Schlagwort halten oder Lenins Analyse von der Rolle des bürgerlichen Staates nicht oder nur aus frisierten Geschichtsbüchern kennen, mögen diese Anklage für einen verspäteten Schildbürgerstreich oder für die Marotte eines experimentierfreudigen Staatsanwaltes halten. Jedoch: Die Geschichte des westdeutschen Staates von Adenauer bis Brandt ist, wie zuvor Deutschlands „1000jährige“ Geschichte, zu voll von solchen ins Auge springenden Experimenten, als das man noch von Einzelleistungen sprechen könnte. Vielmehr werden derartige Anklagen immer mehr zur Routine der bürgerlichen Klassenjustiz, wie der folgende kleine Ausschnitt zeigt:

— So schickte der mittlerweile in fürstliche Rente gegangene NS-Staatsanwalt und BRD-Verfassungsschutzpräsident Schrübers einen Arbeiter in die Nazl-Kerker, weil er fünfzehn Pfennig für die Rote Hilfe gespendet hatte;

— So saßen während der Adenauer-Ära z. B. die KZ-Häftlinge und Antifaschisten Jupp Angenfort und Karl Schabrod mehrere Jahre in westdeutschen Gefängnissen, weil sie illegaler KP-Tätigkeit für ausreichend verdächtig galten.

— So wurden und werden in jüngster Zeit zahllose Arbeiter, Lehrlinge und Studenten zu Geldstrafen verurteilt, weil sie gegen unverschämte Preiserhöhungen im Nahverkehr demonstrierten oder durch Hausbesetzungen gegen Mietwucher und Bodenspekulation protestierten.

— So entfaltet der Bonner Staat am Vorwand der anarchistischen Baader-Meinhof-Gruppe eine beispiellose Hetzkampagne gegen alle sogenannten Linksextremisten (Der bayrische Innenminister Merk: „Alles was links von der DKP steht, ist schlichtweg kriminell“). Die Prozesse gegen Mahler und von Rauch haben das besonders deutlich gemacht.

— In dieses Bild paßt, daß der Mörder von Philipp Müller (FDJ), der am 11. Mai 1952 bei einer antimilitaristischen Demonstration in Essen von der Polizei erschossen wurde, genauso frei herumläuft, wie der Mörder Benno Ohnesorge. (Die Kosten für diesen Freispruch trug die Familie Ohnesorge.) Auch die Morde an Petra Schelm, Georg von Rauch und Thomas Weisbecker scheinen für die Klassenjustiz Bagatelldinge zu sein, die man zu den Akten legen kann. Besonders in jüngster Zeit nimmt die gerichtliche und geheimpolizei-

liche Verfolgung fortschrittlicher Kräfte, insbesondere der Marxist-Leninisten (im bürgerlichen Pressejargon: Maoisten) zu:

— So wurde im April 72 in München gegen 7 Sympathisanten der KPD/ML (Roter Morgen) ein Prozeß eröffnet, weil sie einen Agenten des Verfassungsschutzes innerhalb ihrer Organisation entlarvten und ihn verprügelten, weil er unterschlagene Parteigelder und -literatur nicht herausrückte. (Anklage: Versuchter Raubmord).

— So wurde im April 72 in Herne der verantwortliche Redakteur des Zentralorgans der KPD/ML (Rote Fahne) zu einer Geldstrafe verurteilt, weil in einem Rote-Fahne-Artikel CSU-Boß Strauß als Oberfascist bezeichnet worden war.

— So wurde Anfang dieses Jahres ein Dortmunder Marxist-Leninist zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er für ein Flugblatt verantwortlich zeichnete, in dem das Vorgehen der Dortmunder Polizei während der dortigen Rote-Punkt-Aktionen im März/April 71, als Gestapo-Methoden gebrandmarkt wurde; als Gestapo-Methoden wurden dabei sowohl das hinterhältige Vorgehen ziviler Greiftrupps, wie auch Vorfälle im Dortmunder Polizeipräsidium bezeichnet, wo u. a. ein Arbeiter schikaniert, getreten und blutig geschlagen worden war.

Auch der am 18. 5. 72 stattgefundene Sprei-Prozeß hat seinen Platz in dieser Chronik.

Das wird deutlich an einer Gegenüberstellung von Prozeßgeschichte und politischen Aktionen, an denen zwei der Angeklagten entweder beteiligt waren oder mit denen sie vom K 14 in Zusammenhang gebracht wurden.

Eine Kette von „Zufällen“

Politische Aktionen

24. 9. 70: Zweektägiger Streik der 16 000 Opel-Arbeiter in Bochum. Zwei der Angeklagten arbeiteten zu damaligen Zeitpunkt als Werkstudenten bei Opel; sie nahmen an diesem Streik teil, ebenso wie ein ehemaliges Mitglied des ASAs der Ruhr-Universität Bochum (Herausgeber der BSZ).

2. 10. 70: Betriebsversammlung bei Opel. Die Rote Betriebsgruppe der KPD/ML (Roter Morgen), deren Betriebszeitung „Zündkerze“ den „Lohnkampf“ unterstützt hatte, ließ durch den Werkstudenten, der ASAMitglied war, eine Erklärung in deutsch und spanisch verlesen. Sie fand den nahezu ungeheilten Beifall der Kollegen. Versuche des SPD-Betriebsratsvorsitzenden Perschke, die Rote Betriebsgruppe und den Werkstudenten zu diffamieren, werden von über 5000 anwesenden Arbeitern fast einheitlich durch ein minutenlanges Pfeifkonzert zurückgewiesen.

März/April 71: Rote-Punkt-Aktionen in Dortmund, Bochum und anderen Städten gegen die unverschämten Fahrpreiserhöhungen des öffentlichen Nahverkehrs. Die KPD/ML (Roter Morgen) und ihrer Organisationen sind an diesen Aktionen maßgeblich beteiligt. Zwei der Angeklagten erfreuen sich dabei besonderer Eskortierung durch zivile Polizeispitzel. Beide werden später der Rädelsführerei bezichtigt.

Prozeßgeschichte

9. 4. 70: BSZ-Artikel zum Fall Sprei

23. 4. 70: BSZ-Antwort auf Leserbrief zum Sprei-Artikel

22. 10. 70: Der Sprei-Prozeß wird durch eine Anzeige der Politischen Polizei eingeleitet.

Gerade noch rechtzeitig, denn: 23. 10. 70: An diesem Tag wären die Sprei-Artikel presserechtlich verjährig gewesen (Halbjahresfrist).

16. 4. 71: Die Anklageschrift ist fertiggestellt. Vermerk auf der Anklageschrift: „Pressestrafsache! Verjährung droht am 26. 4. 1971!“

März 72: Einem der Angeklagten, dem irakischen Studenten, wird die Aufenthaltsgenehmigung für die BRD nicht verlängert. Ihre Verlängerung wird vom Prozeßausgang abhängig gemacht.

April 72: Prozeß in München gegen Sympathisanten der KPD-ML (Roter Morgen).

Prozeß in Herne gegen den verantwortlichen Redakteur des Zentralorgans der KPD/ML (Rote Fahne)

8. 10. 71: Das Schöffengericht Bochum lehnt die Eröffnung der Hauptverhandlung ab, da ihm die Anklageschrift zu dürftig ist.

14. 10. 71: Oberstaatsanwalt Engwitz legt sofortige Beschwerde ein. Offenbar erfolgreich. Denn:

17. 12. 71: Der Beschwerde wird vom Landgericht stattgegeben und angeordnet,

„das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht Bochum — allerdings vor einer anderen als der bisher zuständigen Abteilung dieses Gerichts — (...) und zwar unter Zuziehung eines zweiten Amtsrichters“ zu eröffnen, u. a. mit der Begründung:

„Die Angeklagten sind der öffentlichen Billigung der Ermordung des deutschen Botschafters Graf Sprei, hinreichend verdächtig“

möglich, bei der angestrebten Neuaufteilung des Weltmarktes ein „gleichberechtigtes“ Wort mitzusprechen. (Wie sagte doch Willy Brandt 1965 auf dem SPD-Parteitag in Dortmund: „Deutschland ist wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg“; es komme darauf an, dementsprechend auch politisch seinen Platz an der Sonne einzunehmen ...)

Der beste Garant einer solchen aggressiven Politik ist heute die Partei und Regierung des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt. Die CDU/CSU/SPD/FDP/DKP/SEW-Resolution zu den Ostverträgen bestätigt diese bahnbrechende Rolle der Sozialdemokratie voll und ganz.

Die besonders peinliche Vergangenheit des deutschen Imperialismus mag dazu beigetragen haben, daß er sich bisher nur indirekt an imperialistischen Kriegen beteiligt. Er liefert Waffen und, wie z. B. in Guinea, militärische „Entwicklungshelfer“ und kassiert dafür Profite unter besonders günstigen Bedingungen.

Entwicklungshelfer Sprei

So auch in Guatemala, wo er unter dem militärischen Schutz des US-Imperialismus seine sauberen Geschäfte tätigt. Zum Dank dafür, daß sie zweitstärkster Handelspartner Guatemalas sein „darf“, unterstützt die BRD-Monopolbourgeoisie

das guatemalteckische Militärregime, das sich nur durch faschistischen Terror und den Weltendarm USA an der Macht hält.

Graf Sprei, als diplomatischer Agent der westdeutschen Monopolbourgeoisie schien die ständige Terrorisierung des guatemalteckischen Volkes durch den US-Konzern „United Fruit-Company“ und die Militärjunta für normal zu halten; denn er fühlte sich, wenn man den Reportagen der bürgerlichen Presse Glauben schenken darf, in Guatemala pudelwohl.

Die Entführung und Hinrichtung des BRD-Botschafters Graf Sprei war also kein Mord, sondern eine Folgerscheinung des dort latent herrschenden Bürgerkrieges, der auch vor Botschafterresidenzen nicht halt macht.

Graf Sprei, als Vertreter der westdeutschen Monopolbourgeoisie, hatte eindeutig Partei ergriffen für die Militärjunta, gegen das Volk. Ihm erging es so, wie es in letzten Jahren Tausenden von Feinden der Militärjunta erging mit dem Unterschied, daß letztere keine bayerische Landgrafen, sondern arme Landarbeiter und Bauern waren, die für eine gerechte Sache kämpfen, für die Befreiung ihres Volkes von Imperialismus und Krieg.

Marxistisch-Leninistisches Autorenkollektiv
Bochum, den 14. 5. 1972

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN



Buchbinderarbeiten gut, preiswert und schnell
Buchbindermeister C.-L. HEBLER
Bochum-Querenburg
Sauerbruchstraße 29 Telefon 70 10 27
Hedwigstraße 5 Telefon 6 03 50

Buch- und Schallplatten-Centrum

in Witten
hat, was Sie brauchen:
Erziehungswissenschaft — Ökonomie —
Marxist. Literatur — Literatur über Arbeiterbewegung und Gewerkschaft — Proletar. Romane.
Wir besorgen schnellstens sämtliche lieferbare Literatur aus der DDR, China, Albanien.
Wir führen folgende Zeitschriften:
Peking-Rundschau — Erziehung — Klassenkampf —
Marxismus Digest — Marxistische Blätter — Kursbuch
dazu folgende Buchreihen:
roro, dtv, Fischer, Suhrkamp, Rotbücher,
Europ. Verlagsanstalt, Luchterhand, Reihe Hanser usw.

Außerdem:
Raubdrucke — Comics — Poster —
Songbooks + Schallplatten.
Also demnächst zum

Buch- und Schallplatten-Centrum
581 WITTEN — Hauptstraße 49 — Telefon 5 32 50

Bericht eines Sozialarbeiters aus einem befreiten Gebiet in Süd-Vietnam

Vier Jahre seit der TET-Neujahrsoffensive von 1968 sind vertan worden. Die Rechnung wird jetzt präsentiert, jedoch geschrieben mit dem Blut der Fischer von Quang Tri und der Reisbauern von An Loc. Man hat unverändert auf eine militärische Lösung mit Panzern und Bomben gesetzt und die Verhandlungen zur Verschleierung ins Leere laufen lassen.

Die Bevölkerung hat unter den Bombardements der amerikanischen Luftwaffe unsäglich zu leiden. Die riesigen achtstrahligen B-52-Bomber, die von Thailand und Guam aus ihre täglichen 2000-t-Bomben über Vietnam abwerfen, pflügen die Dörfer und Städte buchstäblich um. Familien, die Bombenabwürfe überleben, verhungern in den flachen Bunkern unter den Trümmern.

Und kein Protest, keine Anteilnahme, keine Vermittlung rührt sich von seiten der deutschen Bevölkerung, die wie keine andere die Erfahrung gemacht hat, wie Bombenangriffe die Zivilbevölkerung systematisch vernichten.

An der Straße von Quang Tri nach Hue häufen sich die Leichen, man hat große Mühe, alle Verwundeten wegzuschaffen. Wenn die militärischen Stützpunkte und Provinzhauptstädte schneller fielen, würden viele Menschen verschont und der Bevölkerung die Angst und das Elend der Flucht und Umsiedlung gespart. Die Regierung evakuiert systematisch die Städte und Dörfer des Plateaus von Kontum und Pleiku, um sie anders als An Loc, das Schlachtfeld 100 km nördlich von Saigon, bei der Übernahme durch die NLF und die HVA der amerikanischen Luftwaffe zur totalen Bombardierung freizugeben.

Die militärische Auseinandersetzung rückt das ganze Land weiter in das Feld von Gewalt und Brutalität hinein, ganz gleich auf welcher Seite die Sympathien stehen. Die ausländische Einmischung in die vietnamesischen Probleme und die freigiebigen Waffenlieferanten haben die Verantwortlichen der Gesellschaft in die militärische Betrachtungsweise aller gesellschaftlichen Probleme eingeführt. Zivile Maßstäbe sind völlig von militärischen abgelöst worden. Säbelraselnde Militaristen haben die Gesellschaft in ein einziges Konzentrationslager von Angst, Kontrolle, Unterdrückung und Passivität verwandelt. Jeder Tag in Uniform und mit dem Gewehr in der Hand stößt die 2 Mill. Soldaten weiter in die systematische Verblödung hinein.

Die von den US manipulierte und vom Volke gehaßte Regierungs- und Geschäftsjunta bangt um ihre Positionen und Besitztümer und zittert, wie Nixon sich zwischen Prestigeverlust und Wahlkampf entscheiden wird. Niemand ist an der Bevölkerung interessiert, wie Senator Mc. Govern bei seinem letzten Besuch in Saigon feststellte: „Das korrupte und selbstgefällige Saigoner Regime ist nicht wert, daß auch nur ein weiteres Menschenleben dafür riskiert wird.“ Präsident Thieu plappert jeden Abend am Fernsehen und Radio seine leeren Sprüche von der Rettung des Landes und wettet gegen das Vorrück-

ken der Kommunisten aus dem Norden, wie er seine eigenen Landsleute bezeichnet. Er beschwört das Volk, zu ihm zu stehen und feiert die Flucht der verängstigten Bevölkerung aus den Frontgebieten als große Sympathiekundgebung für seine Regierung. Alles hängt davon ab, wie lange und unter welchen Verlusten Präsident Nixon das künstliche Reich Süd-Vietnams für ihn erhalten will.

Was Le Duc Tho in Paris vertritt, sendet die Befreiungsfront seit dem Beginn der Kämpfe am 30. März 72 ununterbrochen an alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung, daß der Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren gerichtet ist und auf die Wiedervereinigung Vietnams zielt, die leider nicht anders als mit Waffen erreicht werden kann. „Es ist gewiß“, sagt Ho Chi Minh in seinem Testament vom 10. Mai 1969 zu seinen Landsleuten, „daß unser Vaterland wiedervereinigt sein wird. Es ist gewiß, daß unsere Landsleute im Süden und im Norden wie eine Familie zusammenleben werden.“ Und weiter: „Ich habe nur ein Verlangen, das sehnlichste Verlangen, das Streben und Wirken für die vollständige Unabhängigkeit unseres Landes, für die vollkommene Freiheit unseres Volkes, das Streben dafür, daß jeder Landsmann Reis und Kleidung hat und zur Schule gehen kann.“

Die Gewißheit des Erfolges und die Treue zu Ho Chi Minh's Auftrag stecken hinter der bedingungslosen Entschlossenheit, mit der die jungen Vietnamesen kämpfen. Viele ketten sich an ihr Gewehr, und ganze Panzermansschaften lassen sich die Füße fesseln. So sagte der 18jährige Pham Loc, der in Quang Tri schwer verwundet in die Gefangenschaft geriet: „Ho Chi Minh's Worte sind für uns Kraft und Hoffnung. Nord- und Süd-Vietnam werden wiedervereinigt. Dafür bin ich bereit zu sterben.“

Westliche Mentalität reicht nicht aus, um zu verstehen, was seit Ho Chi Minh in Vietnam vor sich geht. Bezeichnenderweise heißt Revolution, womit man die Befreiungsbewegung zu erfassen versucht, im vietnamesischen Cach Mang, d. h. Neuer Auftrag. Und der Auftrag eines Toten hat in Vietnam mehr Gewicht als zu seinen Lebzeiten.

Der an der Kriegssensation orientierten Presse entgeht, was in den Dörfern und Weibern auf dem Lande, wie in Binh Dinh und Quang Ngai etwa 500 km nördlich von Saigon, vor sich geht. Der Auftrag Ho Chi Minh's, die Landbevölkerung zu respektieren und in die gesellschaftspolitische Erneuerung des Landes einzuführen, wird genau befolgt. Die militärischen Stellungen der von der Regierung aufgebauten Volksverteidigung werden so lange unter Beschuß ge-

nommen, bis sich die Miliz ergibt. Sie erhält freien Abzug ohne einen Mann zu verlieren. Die Stellungen werden unter Beteiligung der Bevölkerung zerstört und niedergebrannt. Unmittelbar darauf werden die seit 1965 verbotenen Dorfversammlungen wieder eingeführt, auf denen alle Entwicklungsprobleme der Landbevölkerung erörtert werden wie Landverteilung, Genossenschaftsschulung und Erwachsenenbildung. Die Bauern atmen befreit auf und berichten hinter vorgehaltener Hand den Freunden in der Provinzhauptstadt von den neuesten Plänen und auch von den Posen über Präsident Nixon auf den mitternächtlichen Theaterveranstaltungen.

Die Nationale Befreiungsfront bittet täglich über ihren geheimen Sender die internationale Welt, dazu beizutragen, daß die Bauern Vietnams ihre Waffen aus der Hand legen können, um wieder ihre Felder bestellen und eine neue Gesellschaft aufbauen zu können.

A. Kotte, 11. 5. 72

Vietnamesische Geschichte

Einmal, genau ist das nicht zu sagen, aber es ist sicher, finden spielende Kinder in der Nähe eines volkseigenen Betriebes bei Saigon ein vergilbtes Zeitungsphoto, darunter steht: Richard Nixon. Wer ist das, fragen die Kinder. Und eines, das schon zur Schule geht, sagt: Das ist einer, dem sie den Prozeß gemacht haben. Sonst nichts.

Peter Maiwald
aus: Spontan, Nr. 5, Mai 1972

Kapitalistische Hochschulreform

Analysen und Dokumente

Kapitalistische Hochschulreform: Am Beispiel des Hochschulrahmengesetzes

Zur Reform einzelner Ausbildungsgänge

Aspekte kapitalistischer Bildungspolitik und Bildungsplanung

Zur Einschätzung der Hochschulreform i. d. Politik linker Gruppen in der BRD

MARXISTISCHE GRUPPE ERLANGEN - NÜRNBERG

ca. 230 Seiten DM 6,50

In Bochum wie alle Titel aus dem Verlag des Politladen Erlangen erhältlich in der Politischen Buchhandlung, Overbergstraße 5.

Richtigstellung des KSV zum Cumplido-Artikel

Der KSV hat an allen Stellen seine Bereitschaft zur ideologischen Auseinandersetzung gezeigt, gleichzeitig sich jedoch bemüht, diese nicht auf der Ebene der gegenseitigen Denunziation und politischen Gerüchtemacherei zu führen. Alle solche Versuche haben wir entschieden zurückgewiesen. Wir halten es deshalb für richtig, die Unwahrheiten, die in der BSZ Nr. 94 über uns vorgetragen wurden, richtigzustellen.

Völlig unwahr ist die Behauptung in der 2. Spalte des Artikels, wo es heißt: „Der KSV... ließ erklären, José Cumplido sei zu Recht des Wohnheims verwiesen und die KSV-Genossen verließen vorzeitig die Kundgebung, die im Saal des Ausländerheims stattfand.“

Richtig ist: KSV und die Betriebszelle Opel der KPD setzten sich sofort nach Erscheinen des Flugblatts am 28. 4. nachmittags, das zur Demonstration am 29. 4. aufrief, mit uns bekannten und zuverlässigen spanischen Kollegen in Verbindung, um sich über das Geschehen zu informieren, da dem Flugblatt nicht genug über die Hintergründe zu entnehmen war. Die Informationen, die uns die spanischen Kollegen geben konnten, die damals der Ansicht waren, José Cumplido befände sich wieder in Freiheit, widersprachen z. T. dem Inhalt des Flugblattes, reichten auf alle Fälle für uns nicht aus, sich verantwortungsbewußt gegenüber den spanischen und deutschen Kollegen mit einer eindeutigen politischen Begründung und einer klaren sozialistischen Kampfesperspektive an der Demonstration zu beteiligen. Genossen des KSV und der KPD kamen zum Treffpunkt der Demonstration, um dort weitere Klarheit über den Verbleib José

Cumplidos zu gewinnen. Als sie diese von den Veranstaltern der Demonstration nicht erhalten konnten bzw. die Aussagen, z. B. von ASTA und KSB/ML sich widersprachen, beschlossen sie, sich nicht an der Aktion zu beteiligen und verließen den Platz, noch bevor sich die Demonstration in Bewegung setzte.

Es hat also weder einer unserer Genossen erklärt, J. C. sei zu Recht des Wohnheims verwiesen worden noch ist nur ein einziger unserer Genossen bis zur Kundgebung dabei gewesen.

Nach weiteren Ermittlungen des Vorfalles stellen wir fest, daß auf José Cumplido ein Anschlag der deutschen Polizei in Kollaboration mit der faschistischen spanischen Geheimpolizei verübt worden ist. Daraufhin beteiligten sich KPD, KSV und Liga gegen den Imperialismus an dem Aktionskomitee „Freiheit für José Cumplido“, unterstützten in diesem Komitee die Demonstration am 8. 5., trugen zu ihrer Organisation bei und riefen ihre Mitglieder und Sympathisanten zu dieser Solidaritätsdemonstration auf, an der sich zahlreiche Genossen dieser Organisationen beteiligten. Kommunistischer Studentenverband (KSV)

Professorale Satzungsvorstellungen nach dem bayrischen Modell

Angesichts der geballten Ladung, die die Hochschullehrer der Satzungskommission mit ihren Vorstellungen zu den Grundzügen der Fachbereiche vorgelegt haben, bleibt eigentlich nur noch eine unkommentierte Blütenlese; die Zitate aus ihren Paper mögen für sich sprechen:

§ ee Fachbereichsversammlung

1) Die Fachbereichsversammlung besteht aus dem Dekan und 22 weiteren Mitgliedern: 12 Hochschullehrern gemäß § 6 HSchG, 4 wissenschaftlichen Mitarbeitern, 4 Studenten und 2 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern. In Fachbereichen, in denen die Zahl der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter die der wissenschaftlichen Mitarbeiter einschließlich der Hochschullehrer nach § 6 HSchG erreicht, kann die Fachbereichsversammlung 3 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter zulassen, wodurch sich die Gesamtzahl ihrer Mitglieder entsprechend erhöht.

§ ff

4) In persönlichen Angelegenheiten der Hochschullehrer entscheidet an Stelle der Fachbereichsversammlung die Gesamtheit der Hochschullehrer des Fachbereichs.

5) In persönlichen Angelegenheiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter entscheidet die Fachbereichsversammlung ohne die Vertreter der Studenten und die (den) nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter.

6) In persönlichen Angelegenheiten der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter entscheidet die Fachbereichsversammlung ohne die Vertreter der Studenten.

§ hh

1) Für Habilitationen ist an Stelle der Fachbereichsversammlung die Gesamtheit der dem Fachbereich angehörenden Habilitierten oder nach H 4 besoldeten Lehrkräfte als Hochschullehrer zuständig. Hochschullehrer in diesem Sinne, die das gleiche Fach vertreten und anderen Fachbereichen angehören, sind mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Die Fachbereichsversammlung kann zulassen, daß auch die übrigen Hochschullehrer des Fachbereichs und

die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten in der Fachbereichsversammlung mit beratender Stimme teilnehmen, sofern der Kandidat dem nicht widerspricht.

§ ll

1) Der Dekan wird von der Fachbereichsversammlung aus der Gruppe der dem Fachbereich angehörenden Hochschullehrer, die als solche Beamte auf Lebenszeit sind, gewählt. Die Amtszeit beträgt 1 Jahr. Wiederwahl ist möglich, sie kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden.

§ nn

1) Zur Vorbereitung der Beschlüsse der Fachbereichsversammlung sind 3 ständige Ausschüsse einzurichten: Der Ausschuß für Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Ausschuß für Studium und Lehre und der Ausschuß für Haushalt und Planung. Die Besetzung der Ausschüsse obliegt der Fachbereichsversammlung, doch müssen die Hochschullehrer gem. § 6 HSchG mit mindestens 1 Person mehr vertreten sein als die wissenschaftlichen Mitarbeiter zusammen.

§ rr

1) Die Studienberatung obliegt den Fachbereichen. Die Dekane haben dafür zu sorgen, daß die Studierenden gem. § 18 HSchG beraten und die dafür erforderlichen Einrichtungen geschaffen werden.

2) Die Studienberatung muß sich an den Studiengängen orientieren. Verwandte Fachbereiche haben für die Studienberatung erforderlichenfalls gemeinsame Einrichtungen zu schaffen.

(Augenscheinlich die Reaktion auf den Uniführer der Studentenschaft.)

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise für Uni-Angehörige
463 Bochum
Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kothoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

AKTION 218

Frauen klagen an

FRAUEN stellen

— die Ärzteschaft — Presse und Werbung — die Kirchen — die Parteien — die Justiz — und die pharmazeutische Industrie

vor ein Tribunal, weil sie unsere Interessen

— nicht vertreten — verschleiern — bekämpfen.

Wenn es um die Änderung und Abschaffung des § 218 geht,

— reden z. B. Ärzte über Moral und kassieren für eine Abtreibung horrendes Summen; — reden die Kirchen über das „hohe Gut des werdenden Lebens“ und lassen millionenfach, ohne Widerspruch, Leben in Obdachlosen-siedlungen, Kinder- und Fürsorgeheimen verrotten; — reden Juristen über den Zusammenbruch unserer Rechtsordnung und wollen nicht sehen, daß trotz Strafandrohung abgetrieben wird.

IN DIESER ÖFFENTLICHEN ANKLAGE WERDEN SICH DIESE HERREN ANHÖREN MÜSSEN, WAS WIR FRAUEN IHNEN ZU SAGEN HABEN.

Der § 218 betrifft nicht alle Frauen in gleicher Weise:

Die Frau, die über viel Geld verfügt, die Frau, die sich entsprechend ausdrücken kann, die rechtskundig ist und die notwendigen Beziehungen hat, weiß sich auch trotz des § 218 zu helfen. Die in jeder Hinsicht unterprivilegierte Arbeiterfrau ist als hauptsächlich Betroffene der Härte des § 218 ausgeliefert.

Deshalb fordern wir:

— unschädliche Verhütungsmittel auf Krankenschein; — die Anwendung der schonenden Abtreibungsmethoden (Vakuumaspiration); — die ersatzlose Streichung des § 218; — Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein.

DIE ABSCHAFFUNG DES § 218 IST NUR EIN SCHRITT ZUR BEFREIUNG DER FRAU!

KOMMEN SIE ZUM FRAUENTRIBUNAL GEGEN DEN § 218!

Sonntag, 11. 6. 1972, 14.00 Uhr

im Gürzenich in Köln

mit

Wiltrud Fischer, Fasia Jansen

mit Beiträgen von:

Degenhardt, Süverstrüß, Floh de Cologne

Kinder werden betreut.

Veranstalter: Gruppen der „Aktion 218“, Eintritt 3,— DM, Vorverkauf

Heißer Empfang für Nixon in Salzburg

Von der Bevölkerungsstruktur war Salzburg bestimmt nicht der geeignetste Ort für Demonstrationen gegen die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam. Mit seinen kleinbürgerlichen, faschistoiden Bevölkerungsteilen ist Salzburg einer der stärksten Stützpunkte der österreichischen Neofaschisten. Das schlägt sich besonders in der Lokal- und Regionalpresse, die allesamt bürgerlich-reaktionäre bis offen faschistische Töne spuckt, nieder. Schon Tage vor Nixons Eintreffen in Salzburg und den zu erwartenden Demonstrationen begann man mit einer systematischen Hetze gegen die linken Gruppen, die in der Zeitung der Faschisten ihren Höhepunkt erreichte: Sie riefen auf, „freiwillige Aktivistentrupps“ zu bilden, die mit Gewalt gegen Demonstranten vorgehen sollten. Diese Trupps trafen auch teilweise massiv in Erscheinung und verprügelten in den Nächten vor den Demonstrationen alles, was ihnen irgendwie nach Linken aussah und sich allein auf die Straße gewagt hatte.

Die Veranstaltungen gegen den US-Imperialismus begannen am Pfingstamstag um 14 Uhr mit einer Kundgebung nichtrevisionistischer Gruppen vor dem Hauptbahnhof in Salzburg. Es waren neben den Genossen aus ganz Österreich auch etliche westdeutsche Genossen anwesend, die trotz der überaus scharfen Grenzkontrollen (vgl. Artikel: „SAG-Genossen mit Waffengewalt an der Einreise nach Salzburg gehindert“) — teilweise sogar mit Transparenten — nach Österreich gekommen waren. Anschließend fand um 16 Uhr eine große Demonstration mit etwa 4000 bis 5000 Teilnehmern statt, wobei die KPÖ und die nichtrevisionistischen Gruppen etwa gleich stark waren.

Hier muß noch einiges zur KPÖ gesagt werden: Die Art ihres Auftretens wurde in der reaktionären Salzburger Presse begrüßt und freundlich dargestellt. Es ging vor allem um die Frage des Verhältnisses zu den „Linksradikalen“. Hier machte die KPÖ ähnlich „ruhmreiche“ Aussagen wie die anderen großen westeuropäischen KPs: „Auf die Frage, ob die KPÖ bei Ausschreitungen“ — gemeint sind natürlich die Linksradikalen — „die Polizei unterstützen werde, gab Muhri (der österreichische KP-Hauptling) eine ausweichende Antwort, verneinte sie aber nicht ausdrücklich.“ (Salzburger Nachrichten, Extra-Ausgabe vom 21. 5. 72). Auch den Bochumer Genossen riet ein KPÖ-Funktionär bei ihrer Ankunft in Salzburg, sie sollten im Block der KPÖ mitmarschieren, da die „Linksradikalen bewußt die Polizei provozieren“ würden.



Diese Demonstration endete mit einer von der KPÖ organisierten Abschlussskundgebung, auf der aber auch wieder die opportunistische Einstellung der KPÖ deutlich wurde: in den Reden kein Wort über die Bedeutung des revolutionären Volkskrieges für die Befreiung Süd-Vietnams, sondern nur liberale Appelle an die USA, doch bitte endlich bei den Pariser Verhandlungen konstruktive Friedensvorschläge zu machen; kein Funken einer materialistischen Analyse über das Wesen des US-Imperialismus, sondern nur moralische Empörung über seine Verbrechen. (Wobei zu betonen ist, daß gegen moralische Empörung nichts einzuwenden ist, im Gegenteil, aber nur moralische Empörung ist wohl kaum ein ausreichendes Mittel zur Niederwerfung des US-Imperialismus.)

Die zweite Demonstration fand um 19 Uhr statt. Teilnehmer: Das „sozialistische Indochinakomitee“, das in etwa JuSo-Positionen vertritt und nachmittags nicht teilgenommen hatte, und die nichtrevisionistischen Gruppen; insgesamt etwa 2000 bis 2500 Teilnehmer. Der Demonstrationsmarsch war angemeldet bis zum Flughafen, genehmigt wurde er aber nur bis zur halben Wegstrecke.

Kurz vor der Polizeisperre, an der die Demonstration ihr Ende finden sollte, legte der verantwortliche Genosse sein „Amt“ nieder. Der weitere Verlauf wurde zu einem Schulbeispiel einer diszipliniert durchgeführten Kampfdemonstration. Man marschierte in Sechserketten und im Zick-Zack durch die erste Polizeisperre, an der die Polizisten seltsamerweise noch nicht eingriffen — vielleicht hatten sie auf ihre Autorität vertraut.

Im Laufschrift ging es weiter Richtung Flughafen. An der zweiten Sperre war dann allerdings kein Durchkommen mehr. Der Konfrontation mit der Polizei und Gendarmerie ausweichend zog der Demonstrationzug in der Dunkelheit über Felder und Wiesen zum Flughafen.

Als die erste Landebahn erreicht war, war von den Polizisten noch nicht viel zu sehen, die offensichtlich durch das Ausweichmanöver total überrumpelt worden waren. Erst als die Demonstranten — etwa 1000 bis 1500 — sich in langen Ketten am Rollfeld genau gegenüber der Pressetribüne postiert hatten, rollten die ersten Einsatzwagen an.

Zu diesem Zeitpunkt geriet allerdings auf Seiten der Demonstranten die bis dahin vorbildliche Organisation durcheinander. Die österreichischen Genossen hatten wohl selbst nicht damit gerechnet, so schnell zum Flughafen durchzukommen, so daß sie die Demonstration viel zu früh angesetzt hatten. Es war erst kurz nach 21 Uhr, Nixon sollte jedoch erst gegen 22.30 Uhr ankommen. Es war nun allen klar, daß die günstige Situation nicht bis zu diesem Zeitpunkt gehalten werden konnte, allerdings wußte auch niemand, was nun zu tun sei.

Das war die Chance für die Bullen, die nun etwa 500 bis 700 Mann stark gegenüber den Demonstranten aufstellung nahmen, ausgerüstet mit grauen Regenmänteln, Stahlhelmen und Schlagstöcken. Anscheinend hatte man besonders kantige Schlagertypen für diesen Einsatz ausgesucht und diese emotional aufgehetzt. Mit schwingenden Knüppeln und Kampfgeschrei rannten sie auf Befehl amerikanischer FBI- und CIA-Offiziere, die den Einsatz leiteten, gegen die Demonstranten an. Sie knüppelten alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Selbst vor verletzten Demonstranten, die schon auf dem Boden lagen und auch vor dem österreichischen Zukunftsprofessor Robert Jungk machten sie nicht halt. Die Demonstranten wurden weit ins Feld hinein verfolgt mit Schreien wie: „Ihr Hunde, Ihr Schweinestudenten!“ Man nahm auch keine Festnahmen, vor sondern schlug diejenigen, die man gepackt hatte, nochmal hinter dem Absperrzaun des Flughafens zusammen.

Diese brutale Demonstration nackter Staatsgewalt wurde in den Salzburger Nachrichten als „disziplinierte Aktion“ und „exaktes Eingreifen“ bezeichnet.



Überhaupt mußte es jeden, der an der Demonstration teilgenommen hat, die Sprache verschlagen, wenn er die „Berichterstattung“ der reaktionären Presse las: so waren am Flughafen nur noch 50 Demonstranten anwesend, so kam die Demonstration nicht geschlossen an, sondern wurde vorher von Polizeiwagen auseinandergedrängt, so wurden die Polizeisperren gewaltsam durchbrochen, so rannten Rowdies auf dem Flughafen gegen einen Polizeikordon an.

In einer unverschämten verlogenen Art und Weise hatte man die Stories zusammengeschmiert, die in das Weltbild der Bürger hineinpassen, die Nixon lächelnd und winkend auf dem Flughafen empfangen haben. Aber immerhin und trotzdem, diese Bürger waren zumindest Pfingsten in Salzburg in der Minderheit.



RATSCHLAG FÜR KINOGÄNGER von Busby

hervorragend — STUDIO — ab 26. 5.

Ferner: Ingmar Bergman: THE TOUCH, Farbe, 1971. Bergman ist hier nach mehreren unerträglich verquälten Filmen ein Meisterwerk gelungen. Er erzählt beinahe unbeteiligt die Geschichte einer Ehefrau auf Abwegen. Der junge Mann, den sie liebt, ist nicht weniger unausstehlich wie der Gatte patriarchalisch und fade. Ein stiller Film, der ohne die aufgesetzte Symbolik, die einem bei Bergman so oft auf die Nerven geht, auskommt, der nachdenkt über die Stellung der Frau und über die Gewalt der Männer.

zu empfehlen — CAPITOL — nur 1. 6.

Stanley Kubrick: 2001 — ODYSSEE IM WELTRAUM. Perfekte Sci-Fi mit intellektuellem Touch; der metaphorisch im Wahnsinn endende Schluß entläßt viele Zuschauer rätlos. Der Film wird leider nicht in Vierkanal-Stereo gespielt.

sehenswert — STUDIO — nur 1. 6.

Roman Polanski: DAS MESSER IM WASSER. Sein erster Langfilm, noch in Polen gedreht, Anfang einer Serie bemerkenswerter Filme, die er nun mit MACBETH leider verliert.

belanglos — INTIMES — ab 2. 6.

X. Y UND ZEE mit Liz Taylor in einer Neuauflage ihrer Rolle in WER HAT ANGST... Liz gibt ihrem Affen Zucker; was dabei herauskommt, ist Theaterdonner.

Ihre Kommilitonen können es bestätigen...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service, Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Men like its
flavor Women
love its aroma



Großpackung
250g 12.50 DM



Achten Sie auf Reihe Hanser

- Gary Snyder, Maya
Band 85. DM 6.80
- Jorge Luis Borges,
David Brodies Bericht
Erzählungen. Band 86. DM 5.80
- Boris Arvatov,
Kunst und Produktion
Entwurf einer proletarisch-avantgardistischen
Ästhetik/1921—1930. Band 87. DM 7.80
- Miladin Zivotic,
Proletarischer Humanismus
Studien über Mensch, Wert und Freiheit.
Band 88. DM 9.80
- Gerhard Zacharias (Hrsg.), Das Böse
Dokumente und Interpretationen.
Band 89. Ca. DM 6.80
- Marquis de Sade:
Der Greis in Charenton
Letzte Aufzeichnungen und Kalkulationen.
Band 90. Ca. DM 5.80
- Vladimir Kazakov, Meine Begegnungen
mit Vladimir Kazakov
Prosa. Band 91. Ca. DM 5.80
- Alfred Jarry, Der Alte vom Berge
Gedichte, Dramen, Prosa.
Band 92. Ca. DM 5.80
- Joachim Steffen u. a.,
Fetisch Eigentum
Wie privat sind Grund und Boden?
Band 93. Ca. DM 5.80
- Hans Horst Henschen/Reinhard Wetter,
Anti-Olympia
Ein Beitrag zur mutwilligen Diffamierung und
öffentlichen Destruktion der Olympischen
Spiele und anderer Narreteien.
Band 94. Ca. DM 6.80
- Horst Bieneke,
Solschenizyn und andere
Essays. Band 95. Ca. DM 5.80
- Walter Fabian (Hrsg.), Plädoyers für
eine Europäische Sicherheitskonferenz
Band 96. Ca. DM 5.80

In jeder Buchhandlung oder direkt vom
Carl Hanser Verlag, 8 München 86,
erhalten Sie den ausführlichen Sonder-
prospekt.

DOPPELZIMMER im Studentenwohnheim für Studentin(nen) ab 1. 7. 1972 frei!

Zu erfragen (täglich 18 — 21 Uhr)
bei Lotia Wigger
Glücksburger Str. 27, Zimmer 52



Edition Voltaire



1 Berlin 15
Brandenburgische Str. 38

Voltaire Handbücher

- 1 Malcolm X, Schwarze Gewalt. Reden
Michael Schneider, Revolution der Sprache,
Sprache der Revolution, DM 6,—
- 3, 4, 5 Mao-Tse-Tung, Der Große Strategische
Plan. Dokumente zur Kulturrevolution. Heraus-
gegeben von Joachim Schickel, DM 24,—
- 6 Ronald Steckel, Bewußtseinsweiternde Drogen.
Eine umfassende Untersuchung über die
Funktionsweise von Drogen, DM 10,—
- 7 Henri Lefebvre, Aufstand in Frankreich. Zur
Theorie der Revolution in den hochindustrialisierten
Ländern, DM 8,—
- 8 Benseler, May, Schwenger, Literaturproduzenten!
Intelligenz im Klassenkampf, DM 9,—
- 9 Arno Ploog, Napalm macht frei. 60 politische
Karikaturen zum Krieg in Vietnam. Mit Texten und
Materialien von Jürgen Horlemann, DM 6,—
- 10/11 Karl Heinz Roth/Eckard Kanow, Unwissen
als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital
und Wissenschaft. Sonderausgabe, DM 18,—
- 12 Brigitte Heinrich, D-Mark-Imperialismus.
Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten
Welt, DM 16,—

Voltaire Flugschriften

- 2 Jean-Paul Sartre, Warum ich nicht in die
Vereinigten Staaten reise, DM 1,50
- 5 Russell, Sartre, Plädoyer für einen Kriegs-
verbrecherprozeß, DM 4,—
- 12 Abendroth, Deutsche, Nirumand u. a., Bedin-
gungen u. Organisation des Widerstandes, DM 6,—
- 13 Günter Amendt, China. Der deutschen Presse
Märchenland, DM 2,50
- 14 Black Power. Die Ursachen des Guerilla-
kampfes in den Vereinigten Staaten, DM 2,50
- 16 Fidel Castro über Che Guevara, DM 3,—
- 20 Stokely Carmichael, Die Dritte Welt, unsere Welt.
Thesen zur Schwarzen Revolution, DM 4,—
- 21 Isaac Deutscher, Der israelisch-arabische Konflikt,
DM 2,50
- 22 Friede mit der DDR, DM 3,—
- 23 Peter Weiss, Bericht über Viet Nam, DM 4,—
- 24 Williams, Rigg, Großstadtguerilla, DM 3,—
- 29 Leo D. Trotzki, Die russische Revolution.
Mit einem Beitrag von M. Schneider: Stalin oder
Trotzki — eine falsche Alternative, DM 4,—
- 33 H. Schwenger, Für eine IG Kultur. Die Gewerk-
schaftsfrage eine Bündnisfrage, DM 3,—

SAG-Genossen aus politischen Gründen an der Einreise nach Salzburg gehindert BSZ-Sondernummer beschlagnahmt

Trotz der Entfernung hatten sich 13 Genossen aus Bochum auf den Weg nach Salzburg gemacht, um sich an einem gebührenden Empfang Nixons zu beteiligen. (Vgl. Artikel: „Heißer Empfang für Nixon in Salzburg“) Uns war schon bekannt, daß an den Grenzübergängen mit verschärften Kontrollen zu rechnen war.

Deshalb wurden circa 2000 BSZ-Sondernummern zur Vietnamdemonstration sorgfältig in einem recht luxuriösen PKW und nicht im auffälligen AStA-Bus versteckt. So hatte die Polizei am Grenzübergang Freilassung keinerlei Handhabe gegen die 8 Genossen im Bus, nachdem sie alles durchsucht und auf den Kopf gestellt hatten. Sie verlangten jedoch von diesen Genossen, daß sie auf keinen Fall nach Salzburg fahren oder dort Station machen dürften.

Nicht so gut erging es den Genossen und Genossen im später nachfolgenden PKW. Ein kleiner Zollbeamter nahm zunächst Anstoß an einer Nichtübereinstimmung von Paßbild und Gesicht eines Genossen. Als er dann erfuhr, daß es sich bei uns um Studenten handelte, schickte er uns sofort an den Randstreifen. Gleich begaben sich mehrere unauffällige Herren in Zivil in unsere Richtung.

Als die BSZ-Packen entdeckt wurden, war plötzlich der Teufel los. Sehr schnell hatte ein Bulle seine Knarre gezogen und drohte, auf uns zu schießen, wenn wir irgendwelche Fluchtversuche unternehmen würden. Wir wurden alle mit Ausnahme des Fahrers in ein Zimmer geführt, wo wir — bewacht von zeitweise 5 oder 6 Beamten — unsere Personalien angeben mußten.

Indessen war der Fahrer gezwungen worden, in eine Tiefgarage unter der Zollstation zu fahren. Dort mußte er die Zeitungen ausladen und später mußten wir ihm unter Drohungen von uns begleit-

tenden zivilen und uniformierten Bullen helfen, die Zeitungen weitertransportieren.

Unsere Personalien wurden sofort im Fahndungsbuch überprüft und an alle anderen wichtigen Grenzübergänge weitergegeben. Wir protestierten energisch und fragten nach den Namen der Polizisten sowie nach der rechtlichen Grundlage ihres Vorgehens. Man erwiderte uns, es würde nicht diskutiert. Eine Beschlagnahmebescheinigung für die BSZ und andere Materialien wurde uns verweigert.

Zum Abschluß wurde in jeden Paß ein Stempel gedrückt — „Z“ = zurück.

Persönlich glaubten einige der höher dekorierten Bullen, ihr Vorgehen so begründen zu können: „Wir Österreicher können unser Land selbst verteidigen.“ — „Gott sei Dank ist Österreich noch ein freies Land.“ — „Solche Leute wie Euch können wir in Österreich nicht gebrauchen.“

Einem etwas älteren Genossen wurde vertraulich nahegelegt, doch einen guten Einfluß auf uns auszuüben und uns von unseren „wirren Gedankengängen“ abzubringen.

So verschieden blieb uns nichts anderes übrig, als dem schönen und malerischen Österreich den Rücken zu kehren. Als Ersatz für die entgangene Nixon-Begrüßung konnte eine Genossin jedoch nicht umhin, einem mit viel Sternchen verzierten Polizeibeamten einen gezielten Stoß zu versetzen, worauf der gleich wieder seine Knarre zog. rr

Leserbriefe zum Trampen

tung an einem Tramper vorbeiführt. Wenn aber die Tramper auf der anderen Seite nicht die gutwilligen Fahrer dadurch frustrieren, daß sie nur einen Lift direkt bis ans Ziel annehmen ohne zu signalisieren, wohin sie denn nun wollen, könnte dies nur zur Verbesserung der Situation beitragen. Zudem: Kann keine Vertretung studentischer Interessen es organisieren, daß ein Tramperbahnhof näher an den G-Gebäuden und nicht erst „jenseits des Tales“ zu finden ist.

Mit freundlichen Grüßen
Konrad Beyerle

Als Autofahrer, der früher trampelte, heute gerne mitnimmt, nur dies: Es ist sicherlich nicht nur egoistische Borniertheit, wenn die sogenannten reichen Leute nicht halten, es ist z. B. auch Trägheit, was menschlich ist. Wenn nun einer gar oftmals schon vergeblich hielt, weil die Damen und Herren Kommilitonen ganz andere Zielvorstellungen hätten als man selbst, so ist diese Art von Faulheit sogar verständlich, meine ich. Bremsen ist ein Vorgang, der vom Hirn aus ermuntert wird. Wie wär's mit ein wenig Nachhilfen: Gebt zu erkennen, wohin Ihr wollt. Die Schilder oben sind offenbar viel zu weit entfernt. Holt sie entweder näher ran oder bastelt Euch eine Schilderkartei: UB, Marktstraße, Stadtmitte, Essen, Recklinghausen, Dortmund etc. Sicherlich zeigt sich dann manch einer weniger borniert. P. F.



Sehr geehrte Herren, in der Nummer 94 der BSZ bringen Sie einen rührenden Artikel über die Leiden der armen Tramper und die Widerlichkeiten der kapitalkräftigen Autofahrer.

Es ist nun gar nicht zu bestreiten, daß es etliche Angehörige der Universität gibt, die sehr gut jemanden mitnehmen könnten und es dennoch nicht tun. Hier trifft die Klage des armen Trampers zu.

Auf der anderen Seite ist es aber zum Teil bereits eine Zumutung, bei einem Tramper anzuhalten. Fährt man nämlich nicht justament bis zu dem Ziel, das sich der Tramper gesetzt hat, so wird einem „dankend“ nein gesagt. Es gehört schon eine gehörige Portion Idealismus dazu, bei mehreren Trampern anzuhalten, sich eine Absage einzuhändigen und dann erneut anzuhalten.

Zudem, wenn sich der Verfasser des Artikels entweder zu dem Tramperbahnhof verfügt hätte, den sie in den „erläuternden“ Fotos zeigen oder sich die Mühe gemacht hätte, auf sonstige eigene Weise vor dem GC-Gebäude stehend zu signalisieren, wohin er einen Lift haben möchte, so wäre seine Chance, nicht derart unzumutbar lange warten zu müssen, sicher sehr viel besser gewesen.

Wie gesagt, es ist wirklich ein übles Stück, wenn ein Autofahrer grinsend und winkend mit Verach-



Mitnehmen kann ich Sie natürlich nicht, aber den Schirm können Sie haben.

Geschichte der Klassenkämpfe Pädagogik Psychologie Psychoanalyse

Leo Sedow Rotbuch über den Moskauer Prozeß

Trotzkis Sohn berichtet.
Inhalt: Wozu brauchte Stalin den Prozeß Die Angeklagten und ihr Verhalten vor Gericht, Marxismus und invidueller Terror u. a. Mit einem Vorwort der dt. Sektion der IV. Internationale, Hamburg. Erstausgabe 1939. 117 S. 3,50 DM

Carlos Marighella Minihandbuch des Stadtguerilleros

Das MINIHANDBUCH ist einer genaueren Betrachtung wert, da es aus dem Blickwinkel der besonderen brasilianischen Erfahrung eine Reihe von Informationen bietet, die allgemeine Gültigkeit für ganz Lateinamerika haben. 28 S. 1,- DM

Max Nettlau Bakunin

Selbstbiographisches und Berichte von Zeitgenossen über Bakunin. 56 S. 2,50 DM

Versand nur per Nachnahme oder Vorkaufrechnung.
Weitere große Auswahl an sozialistischer Literatur:
BUCHLISTE ANFORDERN!

Artur Meier Proletarische Erwachsenenbildung

Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger 1919-1923. Mit Quellen- und Literaturverzeichnis, Sach-, Stichwort- und Personenregister. Erstveröffentlichung 1971. 290 Seiten. 11,- DM

Sprachbarrieren

Beiträge zum Thema: „Sprache und Schichten“. 6. erweiterte und überarbeitete Fassung. ca. 7,- DM

Anna Freud Einführung in die Psychoanalyse für Pädagogen

Vorträge aus dem Jahr 1930 und Aufsätze der 1947-53. 94 S. 3,50 DM

Diese Texte sind in allen politischen Buchhandlungen erhältlich. In Hamburg: MANIFEST, Politischer Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79, Tel. 0411/4440 03



BUCHVERSAND
2 Hamburg 13, Postfach 117
Telefon 0411/41 74 84



so nicht, sondern Schild mit Zielangabe

O Herr, bete für die Ruhr-Universität Bochum!

Grundsteinlegung für das Kirchenforum Querenburg

Für Freunde erhabener Feierlichkeit bot sich am Freitag, den 19. 5. 1972 die Gelegenheit mitzuerleben, wie der heilige Pfingstgeist über dem Universitätsgelände schwebte. Leider entging vielen Studenten die Szene, da sie nicht genügend angekündigt war. Nur der, dem die freundlichen Polizisten und die vielen schwarzen Dienstwagen aus Arnsberg, Essen, Bielefeld und Düsseldorf auffielen, konnte ahnen, daß hier keine Vietnamdemonstration stattfand (wie noch einen Abend vorher am Husemannplatz) sondern etwas wirklich Großes anlag.

„Hochverehrter Herr Minister (Rau), meine Damen und Herren“ (Präses Thimme), und: „Hochverehrter Herr Minister, meine Brüder und Schwestern“ (Bruder Franz Hengsbach). Es sprachen nach ihnen mehrere erlauchte Herren, auch der hochverehrte Herr Minister. Teils beschworen sie den Segen des Herrn durch das Gebet herab, teils drangen sie mit mahnenden Bibelsprüchen den Zuhörern ins Gewissen (z. B. der evangelische Studentenpfarrer), teils bemühten sie auch nur klassisches Latein, um dem neuen Forum Gedeihen zu wünschen. Die sich abwechselnden Sprecher am Mikrophon waren neben Rau der Rektor der RUB, Sprecher der Kirchengemeinden, Pfarrer der Gemeinden, Sprecher der Abteilungen I u. II und viele, viele andere.

Die studentische Vizepräsidentin des UP, Sigrun Ladewig, erquickte die Anwesenden durch ein öffentliches Gebet, das mit den Worten begann: „O Herr, Du kennst die Probleme an dieser Uni!“, was Prof. Ewald nebst einigen Kohlenkellerkindern anscheinend aus den Herzen sprach, denn sie schauten gläubig gelöst zu der Betenden auf. Es gab keine bösen Worte und keinen Mißklang, es sei denn, jemand vertrüge nicht die ständige Anrufung eines Herrn Gott.

Hübsch ausgestattet standen, durch eine etwa einen Meter hohe Mauer vom Mikrophon getrennt, auf einem Podest drei Zimmerleute in rotem Wams und silbernen Hammerketten und ein Gastarbeiter, der freilich auf Folklore verzichtete und in einem Anzug repräsentierte. Sie alle hörten stumm und andächtig zu, als die großen Redner in vielen lateinischen Ausdrücken den Geist des Hauses näher zu definieren versuchten, wozu Bruder Franz am Ende die Formel bemühte: „Der Vater, der Sohn und der heilige Pfingstgeist.“

Am Freitag vor Pfingsten um 16 Uhr ist die RUB noch in Ordnung. **LOBET DEN HERREN!**



Bruder Franz, Präses Timme, Minister Rau.

Die Chronik

9. Mai: Gegen den Berliner Landgerichtsdirektor H. Heinsen, der bei seiner Einstellung als Richter seine Zugehörigkeit zur NSDAP und anderer Nazi-Organisationen verschwiegen hatte, wird ein Ermittlungsverfahren wegen Amterschleichung eingestellt. Begründung der Staatsanwaltschaft: Das Delikt sei verjährt.

10. Mai: 25 Polizeibeamte durchsuchen das Büro eines Anwalts in Stuttgart, der des öfteren Linke verteidigt hatte. Vorgegebener Grund: Der Anwalt habe die BM-Gruppe unterstützt. Die Polizisten wollen unter anderem die der absoluten Geheimhaltung unterliegenden Handakten des Anwaltsbüros durchschmüffeln. Telefonanschlüsse und Wohnung des Anwalts werden offensichtlich schon länger überwacht.

12. Mai: In Recklinghausen stirbt der 26jährige Arbeiter W. van Dam, der eine Woche vorher von zwei Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel niedergeschlagen worden war, weil er anlässlich einer Blutprobe — so der prügelnde Polizist — „erheblichen Widerstand“ leistete. Nach Schlägen mit dem Gummiknüppel, so der Beamte, sei van Dam „ganz ruhig“ gewesen. Todesursache nach einwöchiger Bewußtlosigkeit: Gehirnblutungen.

12. Mai: Der Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt (SPD) verbietet die geplante Demonstration gegen den Krieg der US-Imperialisten in Indochina.

16. Mai: Rund 30 Polizeibeamte veranstalten das erste deutsche „Großstadtmanöver“. In Hamburg üben sie Einsatz gegen „Banden“ und testen dabei Menschen-, Hunde- und Waffenmaterial.

16. Mai: das Von Schleswig-Holstein vorgelegte Landeshochschulgesetz orientiert sich am bayrischen Entwurf. Inhalte u. a.: Ordnungsrecht, Weisungsrecht des Kums beim Hausrecht, das an einen Präsidenten delegiert wird, absolute Mehrheit der Profs in den Gremien (Verhältnis Profs zu allen anderen Gruppen: 6:5). Außerdem sieht der Gesetzentwurf die Abfassung der verfaßten Studentenschaft vor.

16. Mai: Eine Demonstration in Frankfurt gegen die Schulmisere versucht Hessens Kumi Friedeburg (SPD) zu verhindern, indem er Dienstbefreiungen für Lehrer und Unterrichtsbefreiung für Schüler, die an der Demonstration teilnehmen wollen, ausdrücklich ausschließt.

16. Mai: Aufrufe zur Lynchhatz auf die Linke häufen sich nach den Bombenanschlägen. Die „gesamte Bevölkerung“ wird mehrfach amtlicherseits aufgefordert, bei der „Dingfestmachung“ der Täter behilflich zu sein.

18. Mai: An die 100 Rinder sterben bei Nordenham (Niedersachsen) an Bleivergiftung, die von einem nahegelegenen Werk der Preussag verursacht wird.

18. Mai: In Köln wird die Studentin E. Köster, Mitglied der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) vom Rektor der Uni mit „begrenztem Hausverbot“ wegen „Vorlesungsstörung“ belegt.

19. Mai: Ein mutmaßlicher Autodieb mußte schwerverletzt in ein Frankfurter Krankenhaus eingeliefert werden, nachdem ihn ein Polizeibeamter „in Notwehr“ niedergeschossen hat. Der 35jährige war auf ihn verfolgende Beamte zugelaufen und griff dabei angeblich in seine Hosentasche. Der „auf die Beine gezielte“ Schuß eines Polizisten traf ihn in die Hüfte. Eine Waffe konnte bei dem Schwerverletzten nicht gefunden werden.

22. Mai: „Alle erzieherischen und disziplinären Mittel“ sollen nach Ansicht des neuen BuWe-Generalinspektors Zimmermann „voll ausgeschöpft“ werden, um die Soldaten zu disziplinieren. Was sich beim Bericht des BuWe-Beauftragten vor wenigen Wochen bereits andeutete, wird nun wahr. Verstärkt sollen Feldjäger — auch in Zivil — „einwandfreies Auftreten der Bundeswehrosoldaten in der Öffentlichkeit sicherstellen“ (WAZ).

23. Mai: Die Bombenanschläge geben den Vorwand, mehrere Gesetzesänderungen „mit absolutem „Vorrang“ zu behandeln (Genscher) Der Polizeiminister meint speziell: Bundesgrenzschutzgesetz, Verfassungsschutzgesetz, Haftrecht. Daß Anarchisten (offenbar) den Vorwand geben, ist schlimm genug. Genscher kann aber seiner Großmutter erzählen, daß die Bombenanschläge die zur Begründung für vorrangige Behandlung der Gesetze herhalten müssen, eben dadurch verhindert werden können.

Merke: Die Verschärfung der politischen Szenerie kommt auf jeden Fall, wenn die Klassenkämpfe — und damit sind die Anarcho-Aktionen nicht gemeint — manifest werden. Einen Vorwand finden die Herrschenden immer — und sei er noch so absurd.

25. Mai: Das Monopolkapital geht offensichtlich zu mittelfristiger Planung über, jedenfalls wenn es darum geht, Umsatzrückgänge auf die Arbeiter abzuwälzen: Das VW-Werk kündigt schon jetzt für den Herbst voraussichtlich Kurzarbeit an.

Cloud of high enjoyment
WELLAUER'S
ENGLISH BLEND
Pipe Tobacco
With Latakia, Perique and Cavendish

SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

		Nichtmitgl.	Stud.
Samstag, 3. 6. 72	„RASPUTIN“ (Jon Symon), London Einmann-Bluesband	6,-	5,-
Freitag, 9. 6. 72	MÜNCHNER RATIONALTHEATER „Vom Säugling zum Bückling“	9,-	8,-
Samstag, 17. 6. 72	BRIAN & PHYLIS MOONEY, Sidney Australian Folk	5,-	4,-
Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE			
Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.			

Zentrale Demonstration

zum Gesamthochschul-
entwicklungsgesetz

Mittwoch, 31. 5. 1972,

in Dortmund

Abfahrt 14.00 Uhr am AStA

Aufnahmeanträge für das Ev. Studentenwohnheim Reinold von Thadden-Haus, Bochum, Laerheidestr. 10, für das WS 72/73 werden nur bis zum 31. 5. 1972 entgegengenommen.

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greoven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-Laszlo Ostfalk (SHB), Hannes Sanger (SAG), Klaus Rothfahl (SAG).
Redaktion: Harald Jung, Heinz Schlinterk (SHB), Jark Böhm, Michael Dornieden (SAG).
Anschrift: 463 Bochum, Lennerstraße 60. Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: Hajo Mulsow.
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennerstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.